

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Telephon: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 159.

Sonnabend, den 11. Juli 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Neue Steuern.

Die „Kölnische Volkszeitung“, die, wie das ganze Zentrum, über Vorgänge in der Reichsregierung immer gut unterrichtet zu sein pflegt, knüpft an die Ernennung der Staatssekretäre Kühn und v. Jagow zu preussischen Staatsministern die Mitteilung, daß der Reichszugler Herr Kühn nur deswegen noch behält, und sogar zu neuen Ehren befördert, weil er ihn für die neue Finanzvorlage gebraucht, die für den Herbst oder Winter ganz sicher bevorsteht. Diese Nachricht entbehrt nicht der inneren Wahrscheinlichkeit, im Gegenteil ist sie, was ihren sachlichen Kern betrifft, weder neu, noch gar, wie sie von einem Teil der bürgerlichen Presse aufgenommen wird, überraschend. Wir wissen bereits, daß eine neue Marinevorlage kommt, die eine Mannschaftsvermehrung und eine Verstärkung der Auslandsflotte fordert. Wir wissen, daß der Wehrbeitrag ein Defizit von zweihundert Millionen Mark gebracht hat, die in den Ausgaben des Etats bereits vergeben sind und daher irgendwie aufgebracht werden müssen. Wir wissen, daß die Besoldungsvorlage im Reiche und die Verbesserung der Altpensionäre wiederkommen werden, und daß das Geld für diese Ausgaben gleichfalls noch nicht vorhanden ist. Außer diesen positiven Forderungen gibt es eine ganze Reihe stiller Wünsche in der Reichsregierung, für die das Geld bei der gegenwärtigen Finanzwirtschaft aus den ordentlichen Einnahmen auch nicht gefunden werden kann. Aus alledem ergibt sich also, daß das deutsche Volk sich durchaus darauf gefaßt machen muß, im kommenden Herbst oder Winter, durch neue Steuern wieder geschröpft zu werden.

Die Rätzel beginnen nur erst bei der Frage, welche Steuern bevorstehen. Die „Kreuzzeitung“ hat vor Monaten schon nach einer Erhöhung der Zigarettensteuer geschrien und für ein Zigarettenmonopol Stimmung zu machen versucht. Sie hat diesen Vorschlag zugleich begründet mit einem Schutz der deutschen Tabakbauern, die durch die enormen Steigerungen der letzten Tabaksteuern in die ärgste Bedrängnis gekommen waren. Sie hat natürlich dabei vergessen, ihren Lesern mitzuteilen, daß es gerade die Konservativen waren, die dieser Tabaksteuer gegen die Stimmen der Sozialdemokratie zur Annahme verholfen haben. Ein anderer Teil der bürgerlichen Presse bemüht sich erneut, das Petroleummonopol in empfehlende Erinnerung zu bringen. Dafür aber ist, wie man weiß, das Zentrum nicht zu haben, das an den Wucherpreisen der Standard-Oil-Company ein erhebliches Interesse hat. Nebenbei verweist man auf das unter den Tisch gefallene Rennwettgesetz, das auf Kosten der Spielbeiden den Staatskassael füllen soll.

Diese Pläne sind seit längerer Zeit bekannt. Eine andere Absicht, die im Reichshofamt erwogen wird, und für die die Agrarier seit langem auf allen möglichen Schleiswegen eine höchst energische Propaganda machen, ist gerade jetzt mit einem schamhaften Schleier bedeckt geblieben. Es wird Zeit, diesen Schleier zu lüften. Der deutegieriger Plan der Agrarier, den er verdecken will, besteht in dem Spiritusmonopol. Die Spirituszentrale mit all ihren Hintermännern in den gesetzgebenden Körperschaften, in der Verwaltung im Reich und in Preußen hat diesen sauberen Plan seit Jahren vorbereitet und will ihn nur so lange noch versteckt gehalten wissen, bis sie alle Außenreiter in der Spiritusproduktion in ihre Abhängigkeit gebracht hat. Diese Absicht ist ihr mit dem brutalsten Terrorismus, den man sich denken kann, je länger je mehr, gelungen. Nachdem sie sich Süddeutschland unterjocht hat, ist ihr in den letzten Tagen auch in Ostdeutschland wieder ein großer Führgang gelungen, und die paar Produzenten, die sich gegen sie noch wehren, kommen kaum mehr in Frage. Zugleich aber arbeiten die gerissenen Manager der Zentrale nach einer anderen Seite für ihren weisichtigen Plan eines Staatsmonopols gehührend vor. Sie haben in der letzten Zeit die Vergütungen an die Brenner bedeutend erhöht und kommen auch sonst ihren Mitgliedern entgegen. Dahinter steckt weiter nichts als die Absicht, bei einer späteren Verstaatlichung eine möglichst hohe Abfindungsumme auf Kosten der deutschen Steuerzahler herauszuschlagen. Das ist ein so saubere Plan, daß er des Schweiges der Edlen schon wert ist! Wenn das deutsche Volk sich aber nicht beizeiten aufrafft, besteht die große Gefahr, daß er Wirklichkeit wird. Die Regierung wird schließlich für jeden Plan zu haben sein, wenn sie nur ihr Geld bekommt. Im Reichstage aber läßt sich für diesen Wucherplan der Agrarier auch sehr wohl eine Majorität vorstellen. Außer den Konfessionsparteien wird der starke agrarische Teil des

Zentrums und der Nationalliberalen dafür eintreten, die Kolen werden gleichfalls mitmachen.

Wie sich aber auch die Dinge im einzelnen gestalten mögen — soviel steht fest, daß der deutsche Michel zum Herbst oder Winter erneut in die Tasche greifen muß. Es gibt, vom Standpunkte der bürgerlichen Parteien, auch kein Mittel dagegen. So lange der Wahnsinn des Militarismus und Marinismus bestehen bleibt, sind nicht nur diese Rüstungen zu Lande und zu Wasser eine Schraube ohne Ende, sondern auch die Steuern, die für diesen Wahnsinn die Kosten decken müssen. Wer also das deutsche Volk vor einer neuen und weiteren Auspowerung bewahren will, muß zuerst und vor allem gegen den Rüstungswahnsinn Front machen. Hier hilft kein Mundspiken, — hier muß gepfiffen werden.

„Im Namen des Königs!“

Unter dieser Rubrik veröffentlicht unser Münchener Parteiblatt eine Anzahl Dokumente, die einem Mitglied der sozialdemokratischen bayerischen Landtagsfraktion von dem Münchener Rechtsanwalt Saenger zur weiteren Verwendung zugegangen sind. Die Schriftstücke sind geeignet, dem geringen Vertrauen zu unserer Rechtspflege einen weiteren empfindlichen Stoß zu versetzen.

Das erste Schriftstück ist eine Beschwerde an den Präsidenten des Landgerichts Eichstätt gegen die Strafammer Eichstätt als Berufungsinstanz in einer Beleidigungsklage. Es heißt da: „Während der Herr Richter Herr Bercht erstattete, sah ich, daß der Herr Landgerichtsdirektor Höcherl auf einen leeren Bogen Papier einige Sätze niederschrieb. Die Urteilsberatung dauerte nur einen Augenblick, und nach dem Herausstritt aus dem Beratungszimmer verlas der Herr Landgerichtsdirektor Höcherl vor dem Bogen, auf dem er beim Beginn der Verhandlung die Sätze geschrieben, daß die Berufung der Angeklagten verworfen sei. Es kann demnach einem Zweifel wohl nicht unterliegen, daß die Verwerfung der Berufung der Angeklagten bereits beim Beginn der Verhandlung und vor dem Verhör der Angeklagten und vor den Ausführungen der beteiligten Rechtsanwälte schriftlich niedergelegt wurde. Ich mußte in einem solchen Verfahren einen so schweren Verstoß gegen die Grundsätze der Strafprozedur erblicken und eine Sanktion des von einem höheren Richterbeamten neulich ausgesprochenen Satzes, daß man darauf, was die Rechtsanwälte zu sagen hätten, nicht erst warten brauche, daß ich den Herrn Präsidenten des Landgerichts hiermit höflich erlaube, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.“

Der Präsident Gailhofer erwiderte: „Auf Ihre Eingabe vom 29. Januar ds. Js. teile ich Ihnen mit, daß ich keinen Anlaß habe, zu der von Ihnen bezeichneten Angelegenheit weiter Stellung zu nehmen. Die Herstellung eines Entwurfes des Urteilsaktes geht nur den an, der diesen Entwurf fertigt und kann keinesfalls als unzulässig angesehen werden. Wenn aber aus der von einem Beteiligten vermuteten Tatsache, daß ein solcher Entwurf vor der Beratung gefertigt wurde, und aus der kurzen Dauer der Beratung der Schluß gezogen werden will, als ob das Gericht nicht die ganze mündliche Verhandlung bei der Beratung, Abstimmung und Urteilsfällung berücksichtigt hätte, so muß dieser Vorwurf entfallen zurückgewiesen werden.“

Rechtsanwalt Saenger wandte sich dann an den bayerischen Justizminister. In dem Schreiben wird u. a. ausgeführt: „Der Herr Landgerichtspräsident findet nichts dahinter, daß Urteile schon im Anfang einer Sitzung gefertigt werden. Ich glaube mich zu erinnern, daß von allen obersten Justizbehörden stets mit Entschiedenheit dagegen Stellung genommen wurde, wenn Behauptungen des Inhalts aufgestellt wurden: es komme bei einzelnen Gerichten vor, daß die Urteile schon vor der Verhandlung niedergeschrieben würden. Ich glaube, daß jede oberste Justizbehörde genau weiß, warum sie gegen solche Behauptungen Stellung nimmt. Urteilsentwürfe in Strafsachen sind doch eigentlich wohl nach den Bestimmungen der Prozedurordnung nicht recht zu verstehen; denn es soll gerurteilt werden auf Grund der mündlichen und öffentlichen Gerichtsverhandlung; darum verstehe ich nicht, wie man schon vor der Verhandlung urteilen kann. . . . Und die Angeklagte (es handelt sich in diesem Falle um die Beleidigungsklage des Oberleutnants Seider in Ingolstadt gegen eine Mandantin des Rechtsanwalts Saenger. D. Red.) wird es gar nicht verstehen, wenn ihre Verurteilung „entworfen“ wird, bevor sie gehört ist, bevor der Richter von ihr persönlichen Eindruck gewann und bevor ihr Vertreter zu den Herren des Gerichts gesprochen. . . . Auch die Inanspruchnahme des betreffenden Herrn Direktors bringt mich nicht von der Meinung ab, daß der Richter, der vor der eigentlichen Verhandlung eine Angeklagte „entwurfs-

weise“ für schuldig hält, sie auch tatsächlich für schuldig erkennen wird; dann hat er aber seine Meinung sich nicht gebildet in der mündlichen Verhandlung, und das ist gegen das Gesetz, gegen den Wortlaut des Gesetzes, gegen den Geist des Gesetzes und gegen die wiederholt gehörten Erklärungen der obersten Justizbehörden. . . .“

Das bayerische Staatsministerium sandte die Beschwerde dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Augsburg zur zunächst zuständigen Vorbescheidung zu. Der Vorbescheid kam; in ihm heißt es: „Am der gesetzlichen Vorschrift, daß der Urteilsakt verlesen werden muß, zu genügen, ist es Aufgabe eines der Gerichtsmitglieder, in der Regel die des Referenten oder des Vorsitzenden, die zur Verlesung kommende Urteilsformel zu Papier zu bringen. Es besteht nun allgemein der nicht zu beachtende Gerichtsgebrauch, daß die Richter, um bei der geheimen Beratung des Urteils mit der Niederschrift der Urteilsformel nicht aufgehalten zu sein, häufig den Urteilsakt im Entwurfe vorbereiten, um diesen nach gegenseitiger Beratung und Abstimmung, wenn deren Ergebnis sich mit dem Inhalte des Entwurfs deckt, als Niederschrift des Urteilsaktes zu verwenden. Es ist dabei selbstverständlich, daß, wenn das Ergebnis der Beratung und Abstimmung anders ausfällt, als wie im Entwurfe angenommen war, der erste Entwurf gegenstandslos wird und ein neuer Urteilsakt dann niedergeschrieben werden muß. Ein Verstoß gegen das Prozedurgesetz ist in diesem Verfahren in keiner Weise zu erblicken. . . . Ihre Beschwerde gegen den Bescheid des Landgerichts Eichstätt ist daher völlig unbegründet.“

In einem nochmaligen Schreiben an den Justizminister faßte Rechtsanwalt Saenger seine Vorstellung in den Satz zusammen: „Läßt es die bayerische Rechtspflege zu, daß der Vorsitzende eines Gerichts vor Einvernahme der Angeklagten, vor Erhebung der Beweise und vor Anhören des Verteidigers die Beurteilung der Angeklagten niederschreibt?“

Das bayerische Justizministerium antwortete: „Ihre Eingabe wurde geprüft, hat aber zu einer dienstaufrichtigen Verfügung keinen Anlaß gegeben.“

gez. v. Thelemann.“
Aus den Schriftstücken geht hervor, daß es in Bayern geduldet wird, daß der Vorsitzende eines Gerichts vor Anhören der Angeklagten und vor allem vor Anhören des Verteidigers die Beurteilung einer Angeklagten niederschreibt; ja der Herr Präsident des Oberlandesgerichts Augsburg hat nachdrücklich sogar betont, daß das in Bayern allgemein üblich sei. In der Antwort des Herrn Ministers vom 15. Mai 1914 liegt eine Zustimmung dieser „Gewohnheit“, die dem Gesetze und Recht geradezu Hohn spricht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Clown Dertel.

In der Zeit vom 4. bis 8. Juli fand in Görlitz eine landwirtschaftliche Ausstellung statt, die neben einer reichhaltigen Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen eine stattliche Tierschau aufwies. Die Pferde, Rinder, Schweine und Hammel waren aber bereits am Dienstag vormittag abgetrieben. Dafür wurden den Ausstellungsbesuchern andere Sensationen geboten. Für Dienstag nachmittag war ein Sommerfest des Bundes der Landwirte angelegt, bei dem der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Oberbündler Dr. Dertel, die Festrede hielt. Er sprach von den Säufen, die sich emporreden gegen das Wahre und Edle, Hohe u. Heilige unserer Ueberlieferungen, sprach von dem Vermessen einer scharfen Entschiedenheit der Abwehr und davon, daß wir uns zu sehr gefallen im Hankieren mit Glenden, die nicht versöhnt werden könnten, weil sie nicht versöhnt werden wollten. Diese skandalöse Beschimpfung deutscher Arbeiter suchte er dann wieder etwas abzuschwächen durch die Bemerkung: „Jeder treue deutsche Mann sei ihm gleich wert. Hut ab vor dem ehrlichen Arbeiter, der zeigt, was er ist.“ Auf die Gleichberechtigung der Frauen übergehend, prägte er den Satz: „Eine Gleichstellung ist erst dann möglich, wenn die Kinder an den Bäumen wachsen und nicht mehr wie bisher geboren werden.“ Die Treue soll auch dem — Gewande gehalten werden. Wenn er so einen alten Bauern sehe, müsse er den Hut abnehmen. Das gelte seiner Eigenart; nicht aber, wenn sich ein junger Mensch, womöglich noch aus dem Judenladen, ein schlecht sitzendes Jackett geholt habe. Dann erwähnte Dertel zur Treue an der deutschen Scholle. Hierbei wollte es die Ironie des Schicksals, daß in diesem feierlichen Moment sein Bundesfreund, Frhr. v. Loen, der nicht weit vom Ausstellungsgelände seinen Stammsitz hat, Pläne seines Grund und Bodens mit Kaufempfe-

lungen unter den Zuhörern verbreiten ließ. Ein plötzlicher eintretender Sturm zwang den Redner, seine Rede abzubrechen. Er tat dies mit der Bemerkung, „daß es keine, daß jetzt ein anderer mit uns reden sollte.“ Dieses Gemisch von Plattheiten fand natürlich den lebhaftesten Beifall der versammelten Bündler.

Der enttäuschende Wehrbeitrag.

Zu dem Ergebnis des Wehrbeitrages in Preußen bemerkt das „Berl. Tagebl.“: „Unseres Erachtens sind diese drei Momente (der ungünstige Geldmarkt vom 31. Dezember v. Js., die gesonderte Vermögensveranlagung der Kinder und die Bestimmungen über die beitragsfreie Vermögensgrenze. — D. Red.), wenn nicht verhältnismäßig belanglos, doch nicht ausschlaggebend für das enttäuschende Ergebnis des Wehrbeitrages. Der Grundfehler des Gesetzes lag vielmehr in dem odiosen Paragraphen 17, der bei Grundstücken den Ertragswert bei der Berechnung des Wehrbeitrages zugrunde legte. Er ist ganz besonders in der weiteren Bestimmung dieses Paragraphen zu suchen, daß als Ertragswert bei land- oder forstwirtschaftlichen oder Gärtnereigrundstücken das Fünfundzwanzigfache des Reinertrages gilt, den sie nach ihrer wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung mit entlohnten fremden Arbeitskräften nachhaltig gewähren können. Diese Bestimmung hat es bewirkt, daß das platte Land außerordentlich günstig beim Wehrbeitrag weggekommen ist. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, und dafür die Ergebnisse der großen Städte angeführt, daß die fünfzig deutschen Großstadgebiete mit 14 Millionen Einwohnern allein zu Zwecken des Wehrbeitrages eine Summe von annähernd einer halben Milliarde aufzubringen haben. Ist die jetzt für die ganze preussische Monarchie angegebene Summe richtig und entspricht sie dem Reichsdurchschnitt, so wäre damit erwiesen, daß die Großstädte, also weniger als ein Viertel der Gesamtbevölkerung, allein soviel aufzubringen haben, wie der ganze aus Mittelstädten, Kleinstädten, Dörfern und Gutsbezirken sich zusammensetzende Rest mit seinen mehr als fünfzig Millionen Einwohnern. Dieses Ergebnis entspricht natürlich nicht der wirklichen Vermögensverteilung zwischen Stadt und Land. Aber es beweist umso mehr, daß durch das Wehrbeitragsgesetz die Großstädte unbillig zugunsten des platten Landes belastet worden sind. Der agrarische Kurs hat sich wieder einmal herrlich offenbart. Darüber wird die großstädtische Bevölkerung sich mit gutem Grunde beschweren dürfen. Aber diesmal gehört zu den Leidtragenden auch das Deutsche Reich. Und das ist vielleicht noch beklagenswerter.“

Reichstagsabgeordnete in den Kolonien.

In den nächsten Tagen werden vier Reichstagsabgeordnete die Fahrt nach Deutsch-Ostafrika antreten und zwar Mumm (Wirtsch. Vereinerung), Jäcker und Reinath (Nat.) und Zrl (Ztr.). Mumm und Reinath hatten in der Budgetkommission Kolonialreferate. Von Herrn Jäcker und dem Zünftler Zrl ist aber nie bekannt geworden, daß sie jemals besonderes Interesse für die Kolonien bekundet hätten. Im kommenden Winter werden dann diese „Kolonial-Sachverständigen“ auf die Öffentlichkeit losgelassen werden.

Der umgekehrte Klassenhaß.

In seinem Kläbner gegen den elssässischen Karikatüristen und Schriftsteller Walz („Hans“), der am Donnerstag vom Reichsgericht zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, leistete sich der Oberreichsanwalt, Dr. Zweigert, eine recht nette Beweisführung dafür, daß Hansi der Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zum Haß gegeneinander schuldig sei. Der Oberreichsanwalt schloß dieses Verbrechen nämlich auch daraus, daß Hansi die Deutschen als schädliche Hungerleider — sogar mit durchlöchernten Hosen! — hingestellt habe, die französischen Ausflügler dagegen als elegante wohlhabende Leute. Nun hat Hansi ja für die Franzosen Partei genommen — also die „Reichen“ gegen die „Armen“ aufgereizt! Hätte der Oberreichsanwalt darin auch Aufreizung zum Klassenhaß erblickt, wenn ein dicker patentdeutscher Agrarier aus dem Zirkus Busch im Vordergrund des Bildes gestanden hätte?

Kolonial-Stipendien.

Mit merkwürdiger Besessenheit wird in neuester Zeit auf das „Studium unserer Kolonien“ durch sorgsam ausgeführte und später für die Agitation zu verwendende Leute hingewirkt. Vor wenigen Tagen wurde mitgeteilt, daß dreißig Arbeiter unter Führung eines Zentrumsagitatoren nach den Kolonien gehen sollen, um dort „Studien zu machen“. Jetzt wird aus Berlin gemeldet: Herr und Frau Krupp v. Bohlen und Halbach haben der Deutschen Kolonialgesellschaft 17 500 Mark zur Verfügung gestellt, um mit dieser Summe die von der Deutschen Kolonialgesellschaft veranstaltete freie Reise nach Deutsch-Ostafrika umfangreicher und nutzbringender zu gestalten. Dem Wunsch der Geber entsprechend hat die Deutsche Kolonialgesellschaft daraufhin die Reisegesellschaft nach Deutsch-Ostafrika um sechs Arbeiterkreise flammende Mitglieder vermehrt, so daß sie nunmehr aus 37 Personen besteht. Die Führung hat Herr Bezirksamtman Dr. Karstedt übernommen.

Der Eifer, die Kolonialbegeisterung in Arbeiterkreisen durch Reise-Stipendien zu fördern, ist mindestens verdächtig. Und daß sich auch die Firma Krupp an dieser Art Wohlthätigkeit beteiligt, macht die Sache keineswegs harmloser. Wir fürchten, daß mit der Reise nach dem Schinken gemorren werden soll und daß sehr bald eine sehr große Forderung für die Kolonien kommen wird, eine Forderung, für deren Bewilligung von langer Hand her Stimmung gemacht werden soll.

Eine Cyener Polizeizentrale für Rheinland-Westfalen.

Kürzlich konnte unser Cyener Parteiblatt feststellen, daß in Ehen die Fäden der politischen Bekämpfung der Arbeiterjugend des Industriegebietes zusammenlaufen. Nun ist auch der Beweis in den Händen unserer Genossen, daß das Cyener Polizeipräsidium Zentralstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie weit über die

Angen des engeren Aufgebots hinaus ist. Bei Versammlungen selbst in entlegenen Orten wird ein vorgefertigtes Formular ausgefüllt, das Auskunft gibt über die Zahl der Versammlung, den Einberufer (ob Sozialdemokrat), Redner, Thema usw.

Die Reichstags-Erstausswahl in Koburg.

Bei der gestrigen Reichstags-Erstausswahl wurden hier geählt, für Hoffmann (Soz.) 5390, für Stahl (Nat.) 5255, für Arnold (Fortchr. W.) 5590 Stimmen. 18 Orte stehen noch aus. Die Stichwahl zwischen Arnold und Hoffmann scheint gefällig zu sein.

Bei der Hauptwahl 1912 erhielten Stimmen: Genosse Hoffmann 6199, Arnold (Fortchr. W.) 3540, Quard (Nat.) 4740. Ehe man näheres über das Wahlergebnis sagen kann, muß das endgültige Resultat abgewartet werden.

Dänemark.

Bei den Landthingswahlen wurden 20 Rechtsstehende, 5 Freikonervative, 20 Linksstehende, 5 Radikale und 4 Sozialisten gewählt. Die Rechte verliert 5 Sitze. Von den 12 vom König ernannten Mitgliedern sind neun Anhänger der Regierungsvorlage betr. die Verfassungsänderung, so daß der neue Landthing aus 38 Anhängern und 28 Gegnern der Vorlage besteht. Der aufgelöste Landthing zählte 38 Anhänger und 33 Gegner der Vorlage.

Frankreich.

Die englische Arbeitszeit in den Staatsbetrieben. Der Senat hatte vor einiger Zeit dem Gehektwurf über die Einführung der englischen Woche, d. i. die 48stündige Arbeitszeit, seine Zustimmung verweigert. Nunmehr ist es dem entschiedenen Eingreifen der Regierung gelungen, den Senat von seinem früheren Standpunkt abzubringen. Der Senat stimmte mit 246 gegen 10 Stimmen für die Einführung der englischen Woche in den dem Finanzministerium und dem Kriegsministerium unterstehenden Betrieben.

Keinen Wohnungszuschuß für die unteren Postbeamten. Die Finanzkommission des Senats traf eine bedeutungsvolle Entscheidung. Mit 13 gegen eine Stimme lehnte sie abermals, trotz des Einspruchs des Ministers Thomson, die für den Wohnungszuschuß der unteren Postbeamten erforderlichen Kredite ab. Die erste Ablehnung dieser Kredite durch die Kommission und den Senat führte zur Arbeitseinstellung beim Pariser Hauptpostamt.

Balkan.

Das Fürstentum im Abbruch. Aus Durazzo meldet die Agenzia Stefani: Epiroten nebst griechischen Truppen haben alle Gebiete, welche auf Grund der Londoner Abmachungen geräumt waren, bis auf vier Dörfer wieder besetzt. Auch diese werden die albanischen Streitkräfte wegen der Ausdehnung der Verteidigung räumen. Die Bevölkerung wird nachwärts.

Ein Schuft.

Aus Petersburg wird uns vom ... geschrieben:

Der vor einigen Jahren vielfach genannte internationale Agent-Provokateur Weißmann ist jetzt auf der Bildfläche von Petersburg erschienen und macht viel von sich reden. Dieser Verbrecher, dessen verschiedene Balkanstaaten, am meisten aber die russischen Behörden zu Spindelarbeiten Jahrzehnte hindurch sich bedient haben, will jetzt in der russischen Hauptstadt sein ehemaliges Metier wieder aufnehmen und hat bereits die übliche Kunst zur Anwendung zu bringen versucht.

Weißmann, der im November 1910 wegen Bestechung und Durchführung eines exzeptionellen Diebstahls zur Einreihung in die Arrestantenkompagnie für sechzehn Monate verurteilt worden war, dem auch von demselben Gerichtshof alle besonderen Rechte und Privilegien damals entzogen waren, tritt jetzt in Petersburg in seiner Eigenschaft als „erblicher Ehrenbürger“ auf und führt sich in der kaufmännischen Welt als Hoflieferant des serbischen Königs ein. Die Polizeistempel auf seinem Paß beweisen auch schon zur Evidenz, daß er seine bunte Vergangenheit wieder angenommen hat und nach alter Methode fortsetzt. Abermals hat er sich in der Zwischenzeit zwischen seiner Kettenhaft und seiner Rückkehr nach Petersburg die Balkanhalbinsel als Stätte seiner gefährlichen Spionagetätigkeit und abenteuerlichen Unternehmungen ausgesucht. Was er dagegen Augenblicklich in Petersburg Bestimmtes vorhat, ist noch nicht ganz klar; jedenfalls muß er schon die Zustimmung der russischen Polizeibehörden zu seinem Aufenthalt und zu seinem Treiben besitzen, da er sonst sicherlich es nicht gewagt hätte, die russische Residenz, in der man ihn so genau kennt, aufzusuchen.

Weißmann ist eine richtige Pflanze des russischen politischen Polizeijumpfs. Gäbe es nicht die Bespielung politischer Verbrecher, für die man ja nicht Gentleman auszufragen kann, so würde ein Mann wie Weißmann wohl ziemlich ständig hinter Schloß und Riegel sitzen. Der Sohn eines Odesaer Inhabers von öffentlichen Häusern, hatte Weißmann schon in seiner frühesten Jugend den väterlichen Beruf übernommen und sich mit Mädchenhandel abgegeben. Da fand der Chef der Gendarmerieverwaltung, Pyramidow, der ebenfalls in Odesa wirkte, an ihm Gefallen und überzeugte sich, daß Weißmann ein ausgezeichnete Handlanger für seine politische Spionage sein könnte. Weißmann wurde darauf zum Provokateur auserkoren und beschäftigte sich zugleich mit der Ausfindigmachung von politischen Verbrechern und der Stellung von Freudenmädchen auf den internationalen Markt. Daß der Polizei dieses Treiben ihres Helfersheifers wohl bekannt war, braucht nicht erst gesagt zu werden; sie benutzte ihn ja gerade aus dem Grunde, weil er ein solch häufiger Be-

sucher der verschiedensten Hauptstädte Europas war. Und so wusch eine Hand die andere.

Dann aber wurde ihm in Odesa, wo ihn jeder kannte, der Boden gar zu heiß, und, protegirt von dem Gendarmeriehauptmann Meranville de Saint-Claire (der übrigens später ebenfalls wegen Betrages bestraft wurde), ging er mit dem bekannten Hauptmann Budzilo wisch nach der Balkanhalbinsel zur Beaufsichtigung der russischen Emigranten. Dort machte er zusammen mit seiner Frau, einer ehemaligen Wirtschafterin eines Freudenhauses, Karriere: er eröffnete in Bulgarien nicht nur für Rußland, sondern auch für alle europäischen Staaten, die auf seine Dienste reflektierten, ein Spindelbureau. Im Laufe von zehn Jahren entsaffelte er eine ungeheuerliche Wirksamkeit, bei der er zugleich in die Politik einzelner Staaten sich einmischte und auch oft genug seine Auftraggeber verriet. Je nach der Summe, die er bekam, konnte er bald den einen Staat, bald den anderen, dem er selber diente, zeitweilig verraten. So unerhört es auch klingen mag, ist es doch Tatsache, daß dieser niedrige Spion und Mädchenhändler seinerzeit in den Regierungskreisen der Balkanstaaten eines gewaltigen Einflusses sich erfreute und unter Alexander Obrenowitsch dem serbischen Hofe nahestand. Erst als er gegen die bulgarische Regierung Ferdinands große Intriguen zu spinnen begann, wurde er schließlich aus Bulgarien verjagt.

Weißmann verlegte seinen Wirkungskreis sofort nach Paris und fand hier auch ein sehr reiches Feld zur Betätigung. Er trat nämlich in intime Beziehung zum berühmten Haupt der russischen politischen Detektivpolizei im Auslande, zum oft genannten Ratschkowski, sowie zu den Agent-Provokateurs Harting-Landesen, Meff u. a. Er fand also, wie man sieht, bald den richtigen Kreis, in dem er seine Fähigkeiten zur Geltung bringen konnte. Zugleich damit gab er jedoch den Mädchenhandel nicht auf und ließ durch seine Frau ein ebensolches Geschäft eröffnen, wie er es von seinem Vater geerbt war. Von der französischen Polizei wurde er zwar stark beaufsichtigt, er konnte jedoch längere Zeit in Paris sein Treiben in weitestem Maße entwickeln.

Dann kam die Zeit der Freiheitsbewegung, als alle Spione von der russischen Regierung mit Gold überschüttet wurden. Da ward Weißmanns Wirksamkeit noch sicherhafter. Im Jahre 1904 ging Weißmann nach Warschau und wurde die rechte Hand des Oberpolizeimeisters Nollen. Hier aber, wo er eine Zeitlang auch zu Detektivdiensten in besonders wichtigen Fällen von Kriminalverbrechen benutzt wurde, zeigte er schließlich eine Weisheit, die seine Karriere mitten in der Blütezeit durchschnitt. Er ließ nämlich, wenn auch für enorme Bestechungen, Diebe, die schon erwischt waren, laufen und beging selbst außerdem ein raffiniertes Kriminalverbrechen. Als er infolge seiner Detektivtätigkeit erfahren hatte, daß ein Kaufmann mit einem Koffer, in dem sechzigtausend Rubel in bar enthalten waren, abgereist war, fuhr er ihm nach, schlüpfte ihn ein, stahl ihm das Geld und füllte seinen Koffer mit revolutionären Schriften. Diese Tat brach ihm schließlich das Genick. Er wurde, wie oben erwähnt, zu der schweren Arrestantenstrafe verurteilt. Allein seine Verdienste waren nicht vergessen worden, und einem einflußreichen Protektor dieses Helden gelang es, seine vorzeitige Befreiung von der Strafe durchzusetzen. Nur wurde dabei die Bedingung gestellt, daß er sich nicht in Rußland sehen lassen sollte, da sein Aufenthalt daselbst „inkommodieren“ würde. Offenbar ist nunmehr schon nach wenigen Jahren auch diese Bedingung fallen gelassen worden. Ja, Männer wie Weißmann, die so vieles wissen, dürfen sich eben die schlimmsten Verbrechen zuschulden kommen lassen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 11. Juli.

Kinder, schützt die Tiere!

Ein Mahnruf für die Ferien.

Der Berliner Tierschutzverein hat an der zuständigen Stelle darum gebeten, daß die Direktoren der Volksschulen beim Herannahen der Ferienzeit den Kindern den Schutz der Tiere eindringlich nahelegen und sie über das Ungehörige von Tierquälereien aufklären mögen.

Es ist sicher, daß die Schulleiter und Lehrer diesem Verlangen entsprechen werden. Die Kinder haben allmählich begreifen gelernt, daß die Park- und Gartenanlagen mit Schonung behandelt werden müssen, und wenn es ihnen richtig vorgelegt wird, werden sie auch die Tiere mit geringerer kindlicher Grausamkeit anjassen, als es leider oft der Fall ist.

Man muß sich immer sagen, daß ein Kind nicht mit dem vollen Bewußtsein des gereiften Menschen handelt. Oft ist das Quälen der Tiere nur ein kindlicher Scherz, der, das ist das Traurige, nicht selten von den Erwachsenen belächelt wird. Die Kinder sind mit dem kindlichen Unverstand zu entschuldigen. Allerdings wird man das Vorhandensein schlechter und zur Grausamkeit geneigter Instinkte nicht leugnen können; aber das sind seltene Fälle. Wo die richtige Erziehung waltet, wird das Kind vor Ergriffen seiner Instinkte bewahrt bleiben. Hermann Hesse, der berühmte zeitgenössische Dichter, hat die Lust eines Knaben zur Tierquälerei in einer packenden Novelle beschrieben. Er zeigt, wie dieser durch keine elterliche Pädagogik gebrochene Instinkt in dem Kinde wächst und beim Manne zur Grausamkeit wird. Derselbe Dichter hat im „Peter Camenzind“ die Herrlichkeit der Natur und das Leben und Wehen ihrer Tiere geschildert. Oft laßt das Kind nichts weiter als die hunte Farbe eines Falters, der, kaum gefangen, von einer Stecknadel zu Tode gemartert wird. Auch das Ausreißen von Beinen bei Käfern oder die „Wesfangenahme“ von Tieren, die dem Erstlingstod ausgeliefert werden, sind beliebte kindliche Spiele, in denen kein humaner Sinn zu finden ist.

„Quäle nie ein Tier zum Scherz, denn es fühlt wie du den Schmerz.“ Ein altes, gutes Sprichwort! Aber Sprichwörter schmecken sich ab und scheinen auch auf die Kinder nicht mehr zu wirken. So muß man ernstere Ermahnungen anwenden, und muß an Beispielen beweisen, daß eine Tierquälerei um nichts weniger schlimm ist als eine Menschenquälerei. Man erzähle den Kindern, daß auch ein Tier Eltern hat, die in ihrem Schlupfwinkel auf die Heimkehr ihres Kindes warten; daß auch ein Schmetterling das Recht hat, sich des Lebens und der schönen Natur zu freuen, die nicht das Verderben predigt, sondern die Liebe und den Frieden. Von dem Leben der Tiere

men erzähle man den Kleinen, von dem Fichte der Ameisen und von den Werten, die kleine Tiere vollbringen. Um es kurz zu sagen: man sähre den Kindern den Respekt vor allem Lebenden ein!

Allerdings soll damit das kindliche Vergnügen nicht gestört werden. Wer sich eine Käfer- oder Schmetterlingsammlung anlegen will, der kann dieses Ziel auch ohne Tierquälerei erreichen. In unzähligen Büchern wird er Anweisungen finden, und von seinem Lehrer wird er hören, auf welche schmerzlose Art Tiere gefötet werden können. Am empfehlenswertesten ist noch immer eine Betäubung durch Aether. Das alles wird ein Kind nicht allein wissen; aber die Schule sagt es ihm, und was die Schule den Kindern sagt, das muß mit Hilfe der Eltern in die Praxis umgesetzt werden.

Wenn die Kinder in diesen Wochen in goldener Freiheit, sich auf Wiesen und in den Wäldern tummeln, dann möge ihnen die Bitte des Tierchutzvereins und das Wort ihrer Lehrer in Erinnerung gebracht werden. Es sind oft Kinder, die zum erstenmal aus den Mauern der Stadt in die grüne Freiheit des Landlebens kommen. Um so eindringlicher muß ihnen eingeschärft werden, daß ein Mensch, der das Herz besitzt, Tiere zu quälen, auch anderer schlechter Handlungen fähig ist. Wir sind da, um uns des Lebens in jeder Form zu freuen, aber nicht, um es schonungslos zu morden.

Nur ein Dienstmädchen. In einem Pensionat am Timmendorfer Strand diente seit einiger Zeit die 20 Jahre alte Tochter eines hiesigen Bauarbeiters. Mitte Juni ist das Mädchen, als es mit der Pensionistin in der Döfse badete, ertrunken; der Arzt konstatierte als Todesursache Herzlähmung. Dem Vater des ertrunkenen Mädchens ist nun erst, etwa drei Wochen nach dem Tode, zufällig die Mitteilung von dem Unglück geworden. Ihm, sowie den Angehörigen war somit die Möglichkeit genommen, an der Beerdigung der Toten teilzunehmen. Sie wählten das junge Mädchen gesund und munter, während dasselbe schon wochenlang unter der Erde lag. Als der Vater die Pensionistin darüber zur Rede stellte, daß sie ihm keine Nachricht zukommen ließ, erklärte diese, ihr wäre die Adresse des Vaters nicht bekannt gewesen. Nun sind wir der Meinung, daß, wenn die Pensionistin in die Adresse der Eltern wirklich erfahren wollte, hierzu die Möglichkeit schon vorhanden gewesen wäre. Wir leben doch im Zeitalter des Telefons und des schnellen Verkehrs. Im übrigen hatte sie das Mädchen von einer hiesigen Stellenvermittlerin bezogen; deren Adresse war ihr bekannt. Dieser hat sie ja auch die Nachricht von dem Tode des Mädchens telephonisch übermittelt. Hier konnte sie doch wohl auch die Adresse der Eltern erfahren. Das Verhalten der Pensionistin ist auf das allerschärfste zu verurteilen. Es zeugt, gelinde gesagt, von einer Rücksichtslosigkeit ohne gleichen.

Der feihere Architekt und Zimmermeister Theodor Sartori, der von 1875 bis 1905 der Bürgerchaft angehörte, ist gestern morgen im 79. Lebensjahre verstorben.

b. Zweite Strafkammer am 10. Juli. Frisches Blut wollte ein Führerführer in sein Federwerk bringen. Er glaubte dies am einfachsten zu tun, wenn er dem Nachbar sieben Ruten stahl und dafür sieben der seinigen in den Korb setzte. Bei diesem Tausch wurde der Mann erfaßt. Er wird wegen schweren Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Geistige Unzureichungsfähigkeit schlichte der Kaufmann H. vor, der mit Hilfe seines Kommissars auf dem Kundenweg über Land wiederholt einige Säcken Hafer aus einem unbewohnten Haus stihlte. Vor langer Zeit wurde in der hiesigen Strafkammer gegen die beiden schon einmal verhandelt. Ein inzwischen eingeholtes Gutachten ergab, daß in der Familie des Landbauern vererbte Geistesdefekte vorkamen; auch dem Angeklagten wird ein solches Übel nachgesagt, doch soll es nicht so stark sein, um die Verantwortlichkeit auszuschließen. H. wird zu 4 und sein ebenfalls etwas beschränkter Gehilfe zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Schwere Buße. Drei Wechfel, auf 2000 Mk. lautend, unterschrieb der Gastwirt St., der im Mecklenburgischen ein Restaurant übernommen hatte. Da die, sich zur Bürgerchaft bereitwilligst ergebenden Verwandten nicht schnell genug ihre Unterschrift hergaben, nahm ihnen der Angeklagte diese Arbeit ab. Auch schrieb er dem Verkäufer einen Brief in dem die Wechselunterschrift der Schwelgermutter befestigt wird. Dieses Schreiben war ebenfalls eine Fälschung. Wegen Urkundenfälschung und Betrugs wird der Angeklagte zu 4 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt. — Ein ganz schwerer Junge. Ein Dugerd Einbruchsdiebstahl in Ratkau, Pansdorf, Ahrensböf, Hofstendorf, Gutin usw. werden dem 42jährigen „Arbeiter“ Schult und seinem jungen Gehilfen B. zur Last gelegt. Sie stahlen, was ihnen in die Hände fiel: Zigarren, Zigaretten, Spirituosen, Kleidungsstücke usw. Schult hatte Übung in dieser Arbeit. So drangen sie in Pansdorf von einem Zigarrenladen in die Schlafstube, wo eine ältere Frau im Bette lag und noch das Licht brennen hatte. Die Lampe wurde ausgelöscht, der Frau die Kehle zugebückt und Geld verlangt. Die Diebe scheinen aber doch ein Haar in der Suppe gefunden zu haben, denn im nächsten Augenblick verbuselten sie wieder. Bei mehreren Diebstählen hatte Schult, der sich durch verlorene Papiere verriet, allein gearbeitet. Er ist übrigens in dieser „guten Gesellschaft“ bekannt, in der er sich mit seinen Taten brüstete und den Helfer als äulster dumm in dem Handwerk hinstellte. Würde er wieder gefaßt, dann komme er nicht unter 8 Jahren Zuchthaus weg. Heute leugnete Schult alle Straftaten, nur eine einzige in Eubendorf gibt er zu. Als der Verbrecher in Gutin verhaftet werden sollte, wehrte er sich mit allen Kräften. Er wird jetzt auf lange Zeit unschädlich gemacht, denn das Gericht erkannte auf die exemplarische Strafe von 6 Jahren Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der 21jährige Gehilfe, der bereits 1 Jahr 4 Monate aufgefnaht erhielt, bekommt 6 Monate hinzu.

Auto-Omnibus. Das Komitee für die Errichtung einer Landkraftwagen-Verkehrsgesellschaft m. b. H. in Lübeck schreibt uns: Nachdem der auf der Strecke Lübeck-Sandesneben in der Zeit vom Oktober 1913 bis April ds. Js. durchgeführte Probebetrieb einer Auto-Omnibusverbindung den Beweis erbracht hat, daß sich eine solche Linie in regelrechtem Betriebe selbst zu erhalten vermag, haben sich eine Anzahl Herren aus Lübeck und der Umgegend zu einem Komitee vereinigt, um die Gründung einer Landkraftwagen-Verkehrsgesellschaft auf breiterer Grundlage vorzubereiten. Die auf der Strecke Lübeck-Sandesneben während eines Zeitraumes von 7 Monaten gesammelten Erfahrungen ergeben ein so umfassendes Bild über das tatsächliche Verkehrsbedürfnis sowie über die Einnahmen und die Kosten eines solchen Betriebes, daß sie für die weiteren Arbeiten als Grundlage dienen können. Die Gesamtkosten eines Wagens für 20 Plätze sind einschließlich der Instandhaltung und einer (sehr reichlich berechneten) Abschreibung von 15 Prozent bei genügender Ausnutzung auf etwa 45 Pfg. für jeden gefahrenen Kilometer zu veranschlagen. Der Probebetrieb auf der Strecke Lübeck-Sandesneben hat im Durchschnitt eine dementsprechende Einnahme voll erbracht. Ein regelrechter Betrieb wird noch wesentlich günstigere Ergebnisse zeitigen, da sich einerseits die Einnahmen durch Verträge mit der Reichspostverwaltung wegen Beförderung der Postfächer, wie sich dies auch sonst in Deutschland allenthalben gezeigt hat, nicht unwesentlich

heigern lassen, und da andererseits begründete Aussicht besteht, durch praktische Abmachungen den laufenden Betrieb noch erheblich zu verbilligen. Zunächst sind folgende Verbindungen in Aussicht genommen.

- Sandesneben-Rastorf-Lübeck,
- Russe-Kühnen-Rintrabe-Rastorf-Lübeck,
- Zarpen-Reinfeld-Hamberge-Lübeck,
- Zarpen-Lg.-Mendorf-Mönthagen-Lübeck
- und ev. Daffow-Schlutup-Lübeck.

In der Hoffnung, daß zu diesem Zwecke auch aus öffentlichen Mitteln ein angemessener Beitrag zu erlangen sein wird, ist das Komitee bestrebt, aus privaten Mitteln ein Kapital von etwa 60 000 Mk. aufzubringen. In den in Frage kommenden ländlichen Gemeinden zeigt sich ein lebhaftes Interesse für das Zustandekommen des Unternehmens. Allein an der Sandesneben- und Ruster Strecke sind in kurzer Zeit aus privaten Mitteln rund 6000 Mark gezeichnet worden. Natürlich wird der Hauptanteil des erforderlichen Kapitals, schon mit Rücksicht auf die Bevölkerungszahl, in Lübeck aufgebracht werden müssen. Das Komitee wird in den nächsten Tagen seine Werbetätigkeit in Lübeck aufnehmen und richtet daher an alle diejenigen Lübecker Kreise, die an dem Zustandekommen des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar interessiert sind, aber auch an alle sonstigen Freunde der guten Sache die Aufforderung, durch Uebernahme von Gesellschaftsanteilen an der geplanten Gründung tatkräftig mitzuwirken.

Zwei kleine Schadenfeuer entstanden gestern nachmittag in St. Lorenz. In der Josephinenstraße kam ein Gardinenbrand und in der Mittelstraße ein Dachstuhlbrand zum Ausbruch.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute morgen 5 Uhr auf dem Rangierbahnhof. Dort wurde dem Margarethenstraße 5 wohnhaften Rangiermeister Bülow ein Arm abgefahren. Wie das Unglück entstanden ist, konnten wir nicht ermitteln.

Gegen Mückenstiche. Jetzt, zur Zeit der Mückenstiche, sei wieder darauf hingewiesen, daß die schädlichen Folgen, Geschwulst und Blasen, sofort verschwinden, wenn man die Stelle mit einem angefeuchteten Stück Würfelzucker bestreicht. Der Erfolg dieses einfachen Mittels wirkt überraschend und das Zucken hört bald auf.

Die Maul- und Klauenseuche. In Bauhof bei Schönberg ist der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden.

pb. Gestohlener Ufheimer. In der Nacht vom 9. auf den 10. d. M. ist ein vor einem Hause in der Gwerdesstraße aufgestellt gewesener grau gestrichener Zinkascheimer ohne Deckel abhanden gekommen und vermutlich durch Unfug treibende Personen verschleppt worden.

pb. Gestohlenen Portemonnaie. Am 9. d. M. wurde einer Dame aus ihrer Handtasche ein braunrotes Portemonnaie gestohlen. In dem Portemonnaie befand sich ein 20-Mark-Stück, 3,30 Mark in Silber und Nickel und ein Kupon der Hamburger Staatsanleihe von 1909 über 500 Mark. Der Kupon trägt die Nummer 49616 und ist am 15. Juli d. J. fällig.

Stadthallen-Sommertheater. Man schreibt uns: Es soll nicht unterbleiben sein, noch einmal auf die letzte Sonntagsvorstellung des Schlägers „Tangozieber“ am Sonntag, dem 12. ds. Mts. aufmerksam zu machen. Am Montag geht das interessante Lustspiel „Der Weichenfresser“ noch einmal in Szene. Dienstag wird „Tangozieber“ wiederholt. Mittwoch kommt die reizende Lustspielnovität „Mein Freund Teddy“, die am Freitag bei ihrer Erstaufführung einen guten Erfolg zu verzeichnen hatte, erneut zur Aufführung. Donnerstag: „Die Journalisten“, Freitag: „Tangozieber“, Sonnabend: „Eine unmögliche Frau“.

Hausattheater. (Dir. Ernst Albert.) Man schreibt uns: Heute ist noch besonders auf die glänzende Komödie „Schneider Bibbel“ hingewiesen. Am Sonntag wird die allbeliebte Operette „Filmzauber“ neu einstudiert gegeben. Dienstag findet auf vielseitigen Wunsch eine Wiederholung des „Raub der Sabinerinnen“ mit Dir. Albert als Striefler statt. Mittwoch ist zum 2. Male „Filmzauber“. Donnerstag: „Schneider Bibbel“. Freitag der unverwundliche „Fuzbaron“. Vorbereitet wird die Uraufführung eines neuen Lustspiels „Operette“ betitelt, sowie auch „Puppen“.

Trenn-Verwerf. Parteiversammlung. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Montagabend im Lokal des Genossen Schulz statt. Es ist Pflicht der Mitglieder zahlreich zu erscheinen.

Ratekau. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralvereins für das Fürstentum Lübeck findet hier am morgigen Sonntag im Lokal der Frau Wwe. Kopp statt. Dieselbe beginnt um 11 Uhr vormittags. Die Verhandlungen sind öffentlich.

Rageburg. Eine bedeutungsvolle Entscheidung hat das Altonaer Landgericht getroffen. Die Stadt Rageburg hatte im Jahre 1902 mit dem Besitzer des hiesigen Gas- und Wasserwerks, Emil Palmer, einen Vertrag wegen Lieferung von Wasser, Gas und Elektrizität geschlossen. Nachdem dieser Vertrag über zehn Jahre in Geltung war, hatten ihn die städtischen Körperschaften als nicht zu Recht bestehend bezeichnet, da er ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde und mangels Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften getätigt war. Es kam zur Klage und jetzt hat das Altonaer Landgericht sich ebenfalls auf diesen Standpunkt gestellt und den Vertrag für ungültig erklärt. Gegen das für Rageburg günstige Urteil dürfte Berufung eingelegt werden.

Hamburg. Ein Stadtbauamt. Bisher arbeiteten Hochbauverwaltung und Ingenieurwesen des Stadtkollegiums Hamburg vielfach direkt gegeneinander, so daß die Bebauungspläne, die das Ingenieurwesen ohne Mitwirkung der Hochbauverwaltung bearbeitete, teils verunglückten, teils überhaupt nicht fertig wurden. Dem soll nun abgeholfen werden durch eine städtebauliche Abteilung bei der Baudeputation. Sie soll in Verbindung mit der Abteilung für Stadterweiterung künftig die Bebauungspläne vorbereiten, ehe sie an die Bebauungsplan-Kommission und hernach an Senat und Bürgerchaft kommen. Ein entsprechender Senatsantrag wurde von der Bürgerchaft, die schon früher diese Einrichtung gefordert hatte, jetzt angenommen. Gleichzeitig wurden die für Organisation des Gartenwesens (Pflanze und Erweiterung öffentlicher Parks) erforderlichen Beamtenstellen bewilligt.

Hamburg. Tödlicher Unfall. An der Ahrensburgerstraße wird mittels eines Kranes der Modderboden in Loris aus Schuten hochgenommen und weiter transportiert, zwecks Aufhöhung des Geländes. Hierbei passierte am Mittwoch ein schwerer Unfall. Die Lori sauste, als sie fast hoch war, in die Schute zurück und traf den Arbeiter Jambonski derartig, daß er nach drei Stunden an den Folgen der Verletzungen starb. Hierzu teilt die Bauarbeiter-Schutzkommission dem „Hbg. Echo“ folgendes mit. Die Ursache des Unfalls soll angeblich darin zu suchen sein, daß dem Mann (Schachtmeister), der die Maschine bediente, ein heißer Tropfen Del ins Auge flog, dadurch ließ er den Kuppelungshebel der Maschine los, die Kuppelung setzte infolge dessen aus, und das

Antklat war geschähen. Das Del der Maschine konnte deshalb entweichen, weil dieser Teil der Maschine defekt war. Es fehlte zur Zeit des Unfalls an dem Schmiergefäß des Zolnders die Verschraubung, die das Entweichen des Oeles verhindert. Bei der Firma Heitmann ist dadurch, daß ein Teil der Maschine nicht in Ordnung war, schon einmal ein Unglück passiert. Unverständlich ist es, daß eine Firma ungeübten Leuten die Führung eines solchen Keßels überträgt, wo jeder Defekt am Keßel Menschenleben in Gefahr setzt, wie es hier der Fall war. Noch unverständlicher ist, daß die Behörde nach dem Unfall weiterarbeiten ließ.

Hamburg. Elefantenjagd in Stellingen. In einem Elefanten im Hagenbedschen Tierpark war plötzlich die Schnur nach der goldenen Freiheit erwacht. Er brückte einfach die Einfriedigung des Parks in der Kaiser-Friedrich-Straße um und trottete die Straße entlang. Bei der alten Volkzeiwache riß er noch eine Einfriedigung nieder und tummelte sich auf einer Weide. Hier wurde er gefangen.

Hamburg. Bananen-Einfuhr in Deutschland. Einem dringlichen Antrag des Senats entsprechend hat am Mittwoch die Hamburger Bürgerchaft 341 000 Mark bewilligt für die Herstellung von Röhrenleitungen für die Bananeneinfuhr. Es handelt sich darum, bis zu 70 000 Bündel Bananen unverzüglich nach der Ankunft des Dampfers in etwa 150-200 Eisenbahnwagen in der Weise überzuladen, daß die Abrollung nach den inländischen Bestimmungsorten noch am nämlichen Tage erfolgen kann. Die für den gewöhnlichen Freiladeverkehr berechneten Gleisanlagen am Hafen reichen für einen solchen Massenverkehr nicht aus. Es müssen deshalb Anlagen geschaffen werden, wie sie holländische und englische Hafenplätze schon seit längerer Zeit besitzen. Eine Bananen-Transport-Gesellschaft hat unter Hinweis auf den in den letzten Jahren enorm gestiegenen Bananentouren in Deutschland die Schaffung solcher Anlagen — eines besonderen Schiffsfliegeplatzes und der dazu gehörigen Gleisanlagen — angeregt und der Senat hat ihr unverzüglich Folge geleistet. Auch die Bürgerchaft stimmte ohne Debatte zu.

Altona. Fleischvergiftung. Nach dem Genuß von verdorbenem Fleisch sind mehrere Personen lebensgefährlich erkrankt. Der Handlungsgehilfe Brandt ist bereits im Krankenhaus verstorben. Die Polizei ermittelte und verhaftete wegen des Verkaufs des verdorbenen Fleisches einen Schlachtermeister und seine Frau. Der Meister hat, wie die Behörde ermittelte, verdorbenes Fleisch gekauft und es dann wieder verkauft. Seine Ehefrau hat ihm bei diesem unfauberen Geschäft tüchtig geholfen. Es steht fest, daß mehrere Personen nach dem Genuß dieses Fleisches erkrankt sind, wenn auch in keinem Falle die Erkrankung einen so schlimmen Ausgang genommen hat, wie bei Brandt. Der schuldige Schlachter und dessen Frau sind verhaftet worden, da Fluchtverdacht vorliegt. Die Frau Fleischmeister hatte sich bereits mit Keisefoffer und Paraplui auf den Hofstenbahnhof gegeben, um Altona zu verlassen. Sie hatte aber das Pech, von einem Kriminalbeamten erkannt und verhaftet zu werden. In diesem Augenblick dampfte gerade der Zug zur Bahnhofshalle herein, mit dem sie abfahren wollte.

Flensburg. Der neue Köllerkurs in Schleswig. Die „Berliner Zeitung am Mittag“ meldet, am Donnerstag sei in Flensburg über 30 reichsdänischen Diensthöten und Gesellen, die bei dänisch gestimmten Arbeitgebern in Stellung sind, mitgeteilt worden, daß sie innerhalb acht Tagen neuen Dienst bei Deutschgestimmten zu suchen oder das Land zu verlassen hätten. — Aus Kopenhagen wird dem „Berl. Lokalanzeiger“ berichtet, daß im Laufe der letzten Woche aus Nordschleswig eine große Anzahl Ausweisungen oder Aufforderungen zum Verlassen nordschleswigischen Gebiets erfolgt sind. Es handele sich hauptsächlich um Dänen aus dem Königreich, die bei dänisch gestimmten Leuten in Nordschleswig in Arbeit stehen. In Lottund seien am Donnerstag vierzig Personen aufs Rathaus gerufen worden, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß sie Nordschleswig binnen acht Tagen zu verlassen hätten, widrigenfalls sie ausgewiesen würden. Es wurde ihnen aber freigestellt, bei Deutschen Arbeit zu suchen. In Hadersleben wurden zehn Personen aufgefordert, die Stadt zu verlassen. — Russische Zustände!

Touderu. Schwere Brandunglück. In Ringeloff brannte das Haus des Bierverlegers Boffen vollständig nieder. Dabei ist eine junge Mutter mit ihrem 1/4 Jahr alten Kind in den Flammen umgekommen. Wenn nicht ein Eisenbahnarbeiter, der in dem Hause wohnte, durch den Rauch aufgewacht wäre, hätte der Brand noch mehr Opfer gefordert. Er mußte aus dem Fenster des 1. Stocks hinausspringen. Der Besizer des Hauses kam mit Frau und Kindern nur ganz notdürftig bekleidet aus dem brennenden Hause. Es wird angenommen, daß die verbrannte Frau, die an Krampfanfällen litt, mit der Lampe hingestürzt ist und so das Feuer verursacht hat.

Höbel i. M. Feuer. In Kiewe gändete der Blitz im Gehöft des Erbpäters Jhde. Sechs Gebäude wurden eingäschert, das ganze Mobiliar ist mitverbrannt. Sämtliche Futtervorräte sind vernichtet. Auch das Vieh ist zum Teil in den Flammen umgekommen.

Rostok. Oberst v. Wright verabschiedet. Der augenblickliche Oberst der Keunziger Füßler, v. Wright, der, wie auch im Reichstage zur Sprache gekommen ist, zu Reservisten auf dem Kasernenhofe in Rostok u. a. die Worte gebraucht hat, die Sozialdemokraten seien Schweinehunde — ist jetzt zur Disposition gestellt worden. Ein Wechsel im Regimentskommando vor den Herbstmanövern ist ein seltenes Vorkommnis.

Bremen. Die Bürgerchaft hat am Mittwoch für die zu Ostern 1915 zu eröffnende städtische höhere Mädchenschule nebst Studienanstalt die Anstellung eines Leiters oder einer Leiterin sowie der erforderlichen Lehrpersonen beschlossen. Die Festsetzung des Schulgeldes auf 130 Mk. und 160 Mk. für die höhere Mädchenschule und 220 Mark für die Studienanstalt rief eine lebhafte Debatte hervor. Ein Antrag auf Zurückverweisung wurde mit 53 gegen 49 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, das Schulgeld nur auf drei Jahre festzusetzen. Unsere Fraktion hatte einen Antrag eingereicht, das Schulgeld nicht höher als das der Realschulen (60 Mk.) zu setzen. Die Privilegierten wünschten eben nicht, daß ihre Kinder mit denen der Minderbemittelten auf einer Schulbank sitzen; deshalb das hohe Schulgeld. Für das Krematorium wurden 103 000 Mk. für zwei neue Oefen, einen notwendigen Anbau, eine neue Bedachung usw. bewilligt. Die Verlegung des Arbeitshauses in das Neuenlanderfeld hat allein 677 000 Mk. für Grunderwerb erfordert. Eine Kommission hatte beantragt, die Korrigendenanstalt mit der Arbeitsanstalt zu vereinigen. Ferner sollen ein Arbeiterheim mit einer Uebergangsanstalt für entlassene Gefangene, ein Obdachlofenasyl mit Wanderarbeitsstätte, ein Trinkerasyl und ein einfaches Krankenhaus errichtet werden. Die eingelebte Deputation hat jetzt Bericht erstattet. Die Kosten werden auf 2 413 000 Mk. geschätzt. Auch für freiwillig sich Meldende soll Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Die Vorlage wurde angenommen. Die Bürgerchaft geht in Ferien!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: I. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Friedrich Paetau
 27 Mühlenstr. 27
 Pa. dicke Flomen Wfd. 80 Pfg.
 Speckbratenfahms „ 70 „
 Schweinefahms „ 80 „
 Ausgebr. Ochsentalg „ 50 „
 Pa. geräuch. Wurst „ 1.40 Mr.
 1 Kasten „ „ 1.00 „

Lager Sommerfangheringe
 Lager echter **Norweger Andhoovis**
 Lager feinsten **Salzgurten**
 in besten Gewürzen eingelegt.
 Lager von **la. Matjesheringen.**
Ludwig Wiegels,
 Fischergrube 57.
 5478) — Fernsprecher 3647. —

Photo-Apparate
Julius Krause,
 Fleischhauerstraße 5. (4907)

Carl Folkers
Möbelmagazin
 25 Marlesgrube 25.
 Vollst. Wohnungseinrichtungen.
 Selbstgefertigte Arbeiten.
 Größte Auswahl.
 40) Billigste Preise.
 Weltgehendste Garantie.
 Zimmereinricht. stets vorrätig.
 Lieferung frei Haus
 auf eigenem Möbelwagen.
 : Teilzahlung gestattet :
 Bei Barzahlung Rabatt.
 Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Gewerkschaftsfest.

Diejenigen, welche auf dem Festplatz in Israelsdorf mit Lebens- und Genußmitteln oder Ansichtspostkarten ausstehen oder handeln wollen, müssen sich bis Mittwoch, 22. d. Mts., melden. Auch solche Personen, welche eine Zapfstelle von Herrn Wiese übernehmen wollen, müssen sich bis Sonnabend, den 25. Juli d. J. schriftlich mit Angabe ihrer genauen Adresse beim Komitee, Johannisstraße 50-52, melden.

Die Meldungen zu den Zapfstellen sind den Gewerkschaftsvorständen vorzulegen und von diesen zu unterstempeln.

Gleichzeitig ist von den Vorständen längere Arbeitslosigkeit oder Krankheit des sich Meldenden zu bestätigen.
 Das Komitee.
 5479)

Waisen-Hof **Tanz.**



Achtung!
Schauerleute
Sektions-Versammlung
 am Montag, dem 13. Juli
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 Beratung unseres Lohnsatzes.
 NB. Der wichtigen Tagesordnung halber, ist es die Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Der Vorstand.
 5469)

Weisser Engel
 Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
 2354) Bernh. Boldt.

Einseger.
 Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen
 3747) C. Köpcke.

Kaffeehaus Moising
 Sonntag: Freies Tanzkränzchen
 5465) H. Siemers.

Gasthof am Kreuzweg
Seeretz.
 Morgen Sonntag:

Gross. Kinderfest.
 Anfang 3 Uhr. Eintritt 20 Pfg.
 Abends 8 Uhr: **Ball.**
 Eintritt frei.
 Hierzu ladet freundlichst ein
 5484) **Emil Cordts.**

Sommerfest und Ball
 des
Arbeiter-Radfahrer-Vereins
Gr.-Parin
 am Sonntag, d. 12. Juli.
 Kursfahrt 4 Uhr.
 Verschicken von 2 Uhr an.
 Es ladet freundlichst ein (5488)
 Der Vorstand. **E. Bettmann.**

Was viele noch nicht wissen!
 Daß **Musikhaus Jack** nicht mehr in der Königstraße, sondern in seinem Hause **Marktwiese 2**, neben der Post, wohnt.
Größte Auswahl in der Musikbranche.
 Klavierstimmen, Reparaturen, Vermietungen billigst.
 Bitte meine 8 Schaufenster zu beachten. (5486)

Geschäfts-Uebnahme.
 Meinen werten Freunden, Gönnern und Bekannten hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem 1. Juli die
Wirtschaft Balauerfohr 18
 (genannt „Zum Elbe-Trave-Kanal“) übernommen habe. In dem ich Verabreichung guter Speisen und Getränke zusichere, bitte höflichst mein junges Unternehmen unterstützen zu wollen.
 Hochachtung **Albr. Gleiß**, „Zum Elbe-Trave-Kanal“, Balauerfohr 18. (5498)

E. Berndt
 Stockelsdorf
95-Pfg.-Tage
 Stockelsdorf
 (5496)
E. Berndt

Betten-Duve liefert bestens und billigst.
 48 Gr. Burgstr. 32.

Hintze & Stech
 Größte Möbelfabrik Lübecks
 empfehlen
Wohnungseinrichtungen.
 Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moisinger Allee 60.

Treff- •
Konzerthaus „Flora“.
 Morgen
 Sonntag: **Großes Tanzkränzchen.**
 5499) **Max Siems.**

Zum roten Löwen.
 Heute Sonntag:
Großes Bogelschießen
 mit nachfolgendem
Tanzkränzchen.
 Anfang des Schießens 4 Uhr nachm.
 Die Gewinne bestehen in
 Silberzeug und Schießprämien.
 Hierzu ladet freundlichst ein
 5488) **Robert Mihr.**

Friedrich-Franz-Halle.
 Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen Eintritt 487
 frei.

Friedrichshof.
 Jeden (496)
 Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Adlershorst. (41)
 Jeden Sonnt.
 tag: **Tanzkränzchen**

Zentral-Hallen
 Jeden Sonntag: 15
Tanzkränzchen.
 Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Konzerthaus
Zauberflöte.
 Neue Kapelle!
 Charly Petrellys humor.
 Clown-Kapelle
 „Die fidelen Sachsen“
 genannt
 Die 7 Blödsinnigen.
 Sonntags Anfang 4 Uhr.
 5464) **Ludwig Kock.**

Hansa-Halle.
 Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.
 Eintritt frei. (5490) **J. Rieck.**

Stadthallen-Sommertheater.
 Sonntag, den 12. Juli:
Tangofieber.
 Hr. Poffe von Urban und Hirsch.
 Montag, den 13. Juli:
Der Veilchenfresser.
 Lustspiel von Gustav v. Moser.
 Dienstag, den 14. Juli:
Tangofieber.
 Hr. Poffe von Urban und Hirsch
 5485) Anfang allabendlich 8 1/4 Uhr.

Hansa-Theater
 Direktion Ernst Albert.
 Heute Sonnabend, den 11. Juli:
Schneider Wibbel
 Sonntag, den 12. Juli:
 Lübeck's beliebteste Operette
Filmzauber.
 Ach, Kind, ich schlaf doch so schlecht. Untern Linden. Mühle, du kleine Mühle etc.
 Montag, den 13. Juli:
 Keine Vorstellung.
 Dienstag, den 14. Juli:
Der Raub der Sabinerinnen.
 Strieje Ernst Albert.
 Anfang freitags 8 1/4 Uhr. (5481)

Vor der Aufstellung Persiens.

Gleichsam über Nacht ist das persische Problem wieder in den Vordergrund der Weltpolitik getreten. Zu derselben Zeit, wo ein englisches Geschwader Kronstadt besuchte und die Russen den Engländern gegenüber eine besondere Färllichkeit an den Tag legten, um für den weiteren Ausbau der englisch-russischen Entente Stimmung zu machen, nahm das englische Parlament mit überwältigender Mehrheit den Vorschlag der Regierung an, nach dem der englische Staat de facto zum Herrn der in Persien operierenden Anglo-Persian Oil Company geworden ist. Die russische Regierung schäumte über dieses, die russische Vorherrschaft in Persien bedrohende Vorgehen Englands auf und führt nun dem Ententegegnen gegenüber eine Sprache, wie sie seit einem Jahrzehnt nicht geführt hat.

Schon unabhängig von den politischen Konsequenzen des englischen Vorgehens bietet die Erwerbung des größten Teils der Ölfelder der englischen Gesellschaft durch den Staat das Musterbeispiel eines imperialistischen Wuchergeschäfts, wie es in solchem Umfang kaum jemals vorgekommen ist. Die „Nowoje Wremja“ brachte kürzlich Einzelheiten über dieses Geschäft, die von der Vorurteilslosigkeit des englischen Kapitals und der englischen Regierung imperialistischen Gaunereien gegenüber ein bereites Zeugnis ablegen. Am 28. Mai 1901 erwarb der englische Industriekönig William D'Arcy bei der persischen Regierung die Konzession für Schürfung, Gewinnung, Ausbeutung, Verkauf und Ausfuhr von Öl und Ölprodukten auf dem ganzen Gebiete des persischen Reiches, mit Ausnahme der fünf Provinzen im Norden und Nordosten: Aserbeidschan, Gilan, Masanderan, Astrabad und Chorasan. Die persische Regierung verpflichtete sich, dem englischen Unternehmer alle unbebauten Ländereien zu den herrschenden Durchschnittspreisen zur Verfügung zu stellen. Sämtliche Ländereien, wie alle aus- und eingeführten Erzeugnisse bleiben während der Dauer der Konzession steuerfrei. Dagegen verpflichtet sich der Inhaber der Konzession, dem persischen Staat 16 Prozent des Reingewinns auszuzahlen. Nach Ablauf von 60 Jahren, der Dauer der Konzession, gehen alle Materialien, Gebäude und Apparate unentgeltlich in den Besitz der persischen Regierung über.

Der Schwerpunkt dieser Konzession, die sich, wie jetzt festgestellt ist, auf ein Gebiet fast von der Größe Deutschlands und Frankreichs erstreckt, liegt in dem Artikel 15 der Konzession, der den Uebergang des Unternehmens in den Besitz der persischen Regierung regelt. Dieser Artikel erwähnt mit keinem Wort den Uebergang der ölfeldhaltigen Ländereien in den Besitz des persischen Staates. Durch diesen Gaunerstreich setzte sich der englische Konzessionär in den Stand, sein Monopol auch nach Ablauf der vorgesehenen Frist zu erhalten, da er für die ihm fast unentgeltlich zur Verfügung gestellten Ländereien einen Preis fordern darf, der den Uebergang der Ölfelder in den Besitz ihres rechtmäßigen Eigentümers, des persischen Volkes, vereiteln kann. Diese schmukige Konzession hat nun die englische Regierung von der Privatgesellschaft erworben, indem sie durch den Ankauf der größeren Hälfte der Aktien und durch Ernennung zweier Direktoren der Gesellschaft zur eigentlichen Herrin des Unternehmens geworden ist. Die vom englischen Parlament nun bewilligten 45 Millionen Mark setzen die Anglo-Persian Oil Company, die bisher im ganzen 10 Ölfeldern erschlossen hat, erst in den Stand, zu einer intensiven Ausbeutung der im Konzessionsgebiet liegen-

den reichen Ölfeldern überzugehen. Damit wird für das englische Kapital die Möglichkeit geschaffen, in der neutralen wie in der südlichen Zone Persiens eine wirtschaftliche Monopolstellung zu erlangen, die auch auf Nordpersien, das zurzeit ganz in russischen Händen ist, zurückwirken muß.

Dieser Umstand ist es, der neben der politischen Seite der Frage die russische Regierungspresse in die größte Aufregung versetzt hat. „In der Geschichte der persischen Frage — schrieb die „Nowoje Wremja“ am 19. Juni — hat ein neues Kapitel begonnen, das leider vom Standpunkt der politischen und wirtschaftlichen Interessen Russlands keineswegs angenehm ist. . . . Es handelt sich hier um die Besitzergreifung von mehr als zwei Drittel Persiens, darunter des gesamten Südens durch die Gesellschaft. Dazu hat Russland nicht im Jahre 1907 seine Vereinbarungen mit England abgeschlossen. Für die Interessen Russlands im mittleren Osten entsteht eine ernste Gefahr, und die russische Diplomatie wie auch die russische öffentliche Meinung müssen mit der größten Aufmerksamkeit die neue Lage in Persien erörtern, die durch den Eintritt der britischen Regierung als allmächtige Leiterin in die Anglo-Persian Oil Company geschaffen worden ist.“ Wenige Tage darauf schrieb dasselbe Blatt in einem Leitartikel, der den Nachweis zu erbringen sucht, daß das Delgeschäft der englischen Regierung zwar nicht dem Buchstaben aber wohl dem Geist des englisch-russischen Vertrages von 1907 entspricht: „Der feierliche Empfang der englischen Seeleute in der Hauptstadt Russlands, der als neuer Beweis der russisch-englischen Freundschaft erscheint, darf uns nicht veranlassen, die Unterjochung der Frage über die gegenseitigen Beziehungen Russlands und Englands in Persien hinauszuschieben.“ Vorläufig begnügt sich das führende Organ des offiziellen Russlands mit diesen versteckten Drohungen. Als aber das englische Unterhaus die Regierungsvorlage akzeptierte, fuhr die „Nowoje Wremja“ größeres Geschick auf: „Die Erwerbung des Monopols auf das persische Öl — schrieb sie am 3. Juli — liefert die Geschichte Persiens genau so der englischen Regierung aus, wie der Ankauf der Suezkanalaktien ihr die Herrschaft über Ägypten übertrug.“ Und zum Schluß klingt der Artikel in der Fanfare aus: „Persien ist ein Prüfstein für die englisch-russische Einigung. Wenn die Probe sich als ungünstig erweist, werden wir gezwungen sein, den Glauben an die Festigkeit und Nützlichkeit dieser Einigung aufzugeben. Sie wird bei der ersten Prüfung und sogar noch früher gefährliche Sprünge zeigen.“

Diese Sprache des russischen Regierungsblattes zeigt, wie sehr berechtigt die Einwendungen waren, die in England von sozialistischer und zum Teil auch von liberaler Seite gegen das Delgeschäft der englischen Regierung erhoben wurden. Nicht als ob die englische Regierung die drohende Sprache der russischen Expreßer zu fürchten hätte. Der Schwerpunkt der ganzen Frage liegt bei der jetzigen weltpolitischen Situation darin, welche Konzessionen England der russischen Regierung nun zu machen genötigt sein wird. Mit Recht fragte die „Daily News“ schon am 29. Mai: „Welchen Preis zahlt England (für die Ölfeldkonzession) an Russland?“ Nicht umsonst führte Sir Edward Grey bei seiner Begründung des Delgeschäfts im Unterhause heftige Klage über die Uebergänge der russischen Regierungsbeamten in Nordpersien, das nun ganz dem russischen Einfluß unterworfen sei. Hier ist bereits der Hinweis auf den Preis enthal-

ten, den die englische Regierung an Russland zu zahlen bereit ist. England akzeptiert die endgültige Okkupation Nordpersiens durch Russland, wenn ihm freie Hand im Süden und in der neutralen Zone gegeben wird. Daß Russland sich nur damit begnügt, ist natürlich ausgeschlossen. Es wird als Äquivalent für den gesteigerten Einfluß Englands in offener oder verhüllter Form auch ein Stück der neutralen Zone und vielleicht noch andere Kompensationen fordern. Damit ist aber die bisherige englische Politik in Persien, die Nordpersien preisgab, um in der neutralen Zone einen Puffer zwischen Russland und der indischen Grenze zu haben, über den Haufen geworfen. Nach der wirtschaftlichen Festsetzung im Gebiet der persischen Ölfelder prallt die englische Grenze unmittelbar mit der russischen zusammen, denn es scheint ausgeschlossen, daß England nicht auch militärisch in diesem Gebiete seinen Fuß faßt. Damit wird aber nicht nur die endgültige Aufteilung Persiens zwischen England und Russland und die Vernichtung dieses Staates herbeigeführt, es wird auch eine stete Reibungsfläche zwischen Russland und England geschaffen, die durch die unmittelbare Nachbarschaft der deutschen „Interessensphäre“ in Mesopotamien und der französischen in Syrien und Kleinasien den mittleren Osten in einen unheilswangeren Vulkan verwandelt.

Aus der Partei.

Zur Tagesordnung des Parteitagess schreibt die „Leipziger Volkszeitung“: . . . Sie enthält alles, was verhandelt werden muß. Nur eins fehlt — ein Punkt, dessen Erörterung uns notwendig erscheint: die Klassenjustiz. Die wilde Justizkampagne, die jetzt gegen die Sozialdemokratie im Gange ist, bedarf einer Beleuchtung auf dem Parteitag. Einmal kann ein solches Referat unseren Genossen im Lande nützliche Anleitung geben zur Ausnützung der Sache in der Agitation, außerdem ist es wertvoll, vor der Öffentlichkeit den Hintermännern dieses Treibens eine scharfe, deutliche Antwort der ganzen Partei zu geben. Wir empfehlen deshalb dem Parteivorstand, die Tagesordnung um diesen Punkt zu ergänzen.

Ein neuer Rückzug! Der „Vorwärts“ schreibt: Die Ergebnisse des Luxemburg-Prozesses scheinen doch auf die Behörde sehr ermüdend gewirkt zu haben. Die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen unseren Kollegen Dr. Ernst Meyer wegen eines Artikels über Soldatenmishandlungen eingestellt. Wir vermuten, daß dem Kriegsministerium die Lust, das Thema der Soldatenmishandlungen vor einem Zivilgericht verhandeln zu lassen, gründlich vergangen ist.

12. Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Stuttgart, den 9. Juli 1914.
Ueber den Internationalen Kongreß in Wien sprach kurz Verbandssekretär Brey. Als Delegierte zum Kongreß wurden gewählt: Brey und Thiemig-Hannover und Komajzi-Breslau.
Bei Beratung der allgemeinen Anträge wurden Anträge auf weitere Anstellung von Gaubeamten dem Vorstand überwiesen. Mit großer Mehrheit abgelehnt wurde ein Antrag, den Beschluß des letzten Verbandstages zur Mitarbeiter aufzuheben. Nach diesem Beschluß regeln sich die Unterstützungen bei Maßregelungen anlässlich der Maifeier nach den von der Generalkommission und der Parteileitung getroffenen Vereinbarungen. Danach haben die wegen der Maifeier ausgesperrten Kollegen Anspruch auf Unterstützung aus der Verbandskasse nicht; die Unterstützung muß aus dem Maifonds erfolgen. Bei diesen Bestimmungen bleibt es.

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

(38. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Ein Gläschen Wein kann nichts schaden,“ meinte Asmussen bedächtig und füllte Azels Glas. „Die Seelust macht durstig.“

„Weiß Gott, das tut sie.“ Azel goß den Rotwein auf einen Zug hinunter.

„Es ist übrigens ein verteuft guter Wein, Asmussen, ich freue mich, daß ich Ihnen den verschafft habe.“

„Sim,“ jagte Asmussen mit Rennermüne; er selbst verstand nur wenig davon, aber die Gäste lobten ihn alle.

„Warum reden Sie nicht?“
„Seien Sie bloß still! Ich habe keine Zeit. Der Hunger bringt mich um.“

Dagmar aß mit wortlosem Eifer. Die beiden Herren lachten.

Der Abend verlief sehr angeregt. Der gute Rotwein wurde noch stark in Anspruch genommen. Dagmar war so übermütig, daß sie von keinem Ausbruch hören wollte. Asmussen sah heimlich nach der Uhr, seine gewohnte Stunde war schon vorüber. Das Gespräch schwirrte aber noch in voller Lebhaftigkeit. Auf dem Pferdemarkt lag die dunkle Nacht, als Azel endlich herauskam.

„Wie legeln bald wieder!“ rief Dagmar ihm nach, als er die Straße hinunterschritt.

Dann ging sie mit Asmussen ins Haus hinein. Er hörte noch, wie der Schlüssel in der Haustür umgedreht wurde. Dann war es still.

Als er in die Werft hineinkam, erhob sich an der Mauer seines Wohnhauses eine dunkle Gestalt.

„Sind Sie es, Christensen? Mein Gott, wie oft habe ich Ihnen gesagt, daß Sie mich nicht erwarten dürfen.“

„Die Siga . . . Siga . . .“

„Es ist so gut, mein Freund.“

Der Holzhändler tastete nach seiner Hand.

„Aus alle geben Sie mir die Hand und gehen Sie schlafen.“

„Wenn Sie morgen nicht rechtzeitig da sind, kann ich nicht arbeiten.“

„Wie . . .“

„Nein, ganz ganz nicht.“ Azel schüttelte ihm die Hand und ging in einen Schlag in den Rücken.

Der Holzhändler weckte in seiner Kammer. Er war so müde und schlief an diesem Abend.

Am letzten Sonntag im Mai sollte das neue Hotel eingeweiht werden. Die Spannung wuchs mit jedem Tag. Als

endlich der Vorabend herankam, war das ganze Städtchen zur Feyer entschlossen. Wer überhaupt mitzählte, mußte dabei sein. Auch bescheidene Familien, die nur bei festlichen Gelegenheiten einen Ausflug machten, rüsteten sich für den nächsten Tag. Der nächste Tag aber grüßte die kleine Stadt sehr unfreundlich. Es ging ein allgemeines Kopfschütteln und Bedauern durch die Wohnungen. Man bläute ins Regen, zuckte die Achseln und hatte nur wenig Hoffnung. Der Regen kam schon am frühen Morgen in Strömen herunter. Auch in der Mitte des Vormittags klärte es sich nicht auf. Es hatte wohl nachgelassen, aber ein feiner dichter Regen ging noch nieder. Besonders die Damen wurden bedenklich, sie mochten ihre Frühjahrsachen nicht gleich bei der ersten Gelegenheit verderben lassen.

Man setzte sich allgemein in verdrossener Stimmung zu Tische, es regnete noch immer. Das junge Volk lief alle fünf Minuten ans Fenster, um nach dem Himmel hinauszuspähen; die Alten hatten im Grunde schon resigniert. Man traf nach Tische die Vorbereitungen, kleidete sich an, um für alle Fälle gerüstet zu sein, aber es sah nicht sehr festlich aus. Um zwei Uhr endlich war es trocken. Kasse Straßen und grauer Himmel, aber es war doch trocken. Ein allgemeiner Entschluß fuhr den Menschen in die Glieder. Nun sollte es doch noch riskiert werden! Man hatte sich wochenlang auf den Tag gefreut; man wollte nicht umsonst gemarkelt haben. Eine Reihe von hellen Kleidern, die an dem Tage zum erstenmal hätten strahlen sollen, blieb zu Hause. Man nahm die Regenschirmen mit, aber man rüstete sich doch zum Aufbruch. Eine wahre Völkerverwanderung begann nach dem Dampfer hinunter und aus vielen Höfen trabten flotte Einspänner heraus, die den Weg über Land nehmen wollten.

Als um drei Uhr endlich der Dampfer in See fuhr, war er über die zulässige Zahl hinaus besetzt. Ein sehr früher starker Wind hielt den Regen zurück, aber der Himmel war grau umzogen. Die Offize rollte schwer und kalt. An der halb der Galgenhumor über die etwas frostige Situation hinweg.

Carlson gehörte zu denen, die unter keinen Umständen fehlen durften. Er hatte sein erstes Geschäft mit dem Hotel abgeschlossen. Es war ein schwerer Silberregen in seine Kasse gekommen, denn die Leute zahlten bar. Er mußte selbstverständlich an diesem Ehrentag dabei sein. Klaus hatte ihm seinen Wagen zur Verfügung gestellt. Sie waren dann nicht an die Abfahrtszeiten des Dampfers gebunden, konnten in den Dörfern ihre beiderseitigen Kunden besuchen und waren im ganzen ungefört und unbehindert.

Zwei junge Schlägtermeister, die mit Klaus in geschäftlichen Beziehungen standen, hatten sich ihnen angeschlossen.

Bereits um zwei Uhr, als der Regen eben nachgelassen hatte, fuhren sie im schlanen Trabe zum Nordtor hinaus.

Der Dampfer legte an und der Strom ergoß sich über die Landungsbrücke; dann kroch er wie ein dichter schwarzer Streifen den Weg zur Höhe hinauf. Die lange schwere, silberne Landungsbrücke wurde allgemein gelobt; die würde so leicht vom Treibeis nicht fortgenommen werden. Man spürte wohl, daß Azel über viel Holz und viele Zimmerleute verfügte. Der schwarze Streifen bewegte sich wortlos den Hügel hinauf. Der Weg war anstrengend und die Stimmung keineswegs glänzend. Oben auf der Höhe aber lag wartend das neue Hotel.

Es war ein ganz sonderbares Schweigen, das sich auf alle die Menschen gesenkt hatte, die sich langsam mit dem Wege abmühten. War es nur das Schweigen des grauen Tages oder machte der Ernst des neuen Unternehmens sich geltend? Es war fast feierlich stumm geworden und jeder schritt lautlos neben dem andern. Das Schweigen begann einhaken ein wenig zu drücken und diesem und jenem wurde ganz merkwürdig zumute. Es war ja so sonderbar, fast als wenn man eine Leiche zu Grabe brächte. Als dann aber die ersten den Garten erreichten, fiel plötzlich eine Militärkapelle mit schmetternden Klängen ein. Durch den ganzen Strom lief ein allgemeines Stöhnen, man stand still und atmete auf; es begann nun doch festlich zu werden.

Der Garten füllte sich langsam und lautlos. Man setzte sich schweigend an die Tische, um die Musik nicht zu stören, aber man nickte sich freudlich zu. Das große Ereignis begann die Gemüter zu bewegen. Es war eine ernste Sache, aber man fühlte sich über den Alltag hinausgehoben und ging an, lebendig zu werden. Als die Kapelle mit einigen kräftigen Akkorden schloß, war es eine Sekunde still, aber dann prasselte der Beifall wie ein heftiges Hagelwetter hernieder. Die Kellner hatten sich bisher diskret von Tisch zu Tisch bewegt, aber nun rief es von allen Seiten und die wilde Jagd begann. Die große Stimmung des Festes kam zum Durchbruch. Das Gespräch schwirrte in allen Gruppen.

Man winkte den Bekannten zu, die Kaffeetassen klapperten und die Herren riskierten den ersten Kognak. Schließ- lich hatte auch der Himmel noch ein Einsehen. Die Sonne sprengte die graue Wolkendecke und goß ihr Licht über den belebten Garten. Die goldenen Zinnen des Hotels erglöhnten mit einem Male in prächtigem Feuer und lösten ein allgemeines „Ahi!“ der Bewunderung aus. Immer weiter wurden die grauen Wolken nach dem Horizont gedrängt. Schließ- lich war der ganze Himmel blau, nur noch eine einzige feuchte Wolke legte sich die mild geklärte Luft. Mit der Sonne kam auch die Wärme. Die Ueberkleider verschwanden. Man schwirrte nach allen Seiten aus.

Statutenberatung

gab zunächst Richter-Dresden den Bericht der Kommission. Der letzte Verbandstag in Dresden setzte eine Reorganisationskommission ein, die eine Neugliederung des Verbandsstatuts ausarbeitete. Die Statutenberatungskommission schloß sich diesen Vorschlägen an. In Berücksichtigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse ersucht die Kommission, von einer Beitragserhöhung abzusehen und auch jede Erweiterung der Unterstütsungseinrichtungen abzulehnen. Die Kommission schlägt vor, den Vorstand zu beauftragen, bis zum nächsten Verbandstag eine Vorlage ausarbeiten, die eine Beitragserhöhung unter Berücksichtigung von Stasfelbeiträgen vorlegt. Die Kommission glaubt, daß in zwei Jahren eine Beitragserhöhung besser durchgeführt werden kann wie jetzt. Dann soll ganze Arbeit gemacht werden. — Die vorgelegten Statutenänderungen sind im wesentlichen organischer, formalistischer Natur. Der Aufbau des Statuts ist ein neuer. Dazu kommen noch neue Bestimmungen über die Zahlstellen, die Gausvorstände, das Verbandsvermögen, über außerordentliche Verbandstage und über Konferenzen. Die größeren Zahlstellen sind danach berechtigt, die Rechte der Beschlussfassung an Vertreterversammlungen abzutreten. Besoldete Beamte einer Zahlstelle müssen Mitglieder der Ortsverwaltung sein. Bureauarbeiter und Beitragslaster sollen hier von ausgenommen sein. Der Hauptvorstand soll künftig anstatt aus 13 aus 15 Personen bestehen, von denen 7 zu befehlen sind. Als Delegierte zu außerordentlichen Verbandstagen können die zum vorausgegangenen Verbandstage gewählten Delegierten herufen werden. Allgemeine Konferenzen sollen nicht mehr abgehalten werden. Dafür können nach Bedarf Zahlstellenleiter- und Branchenkonferenzen im Gau abgehalten werden. Für die Generaldiskussion stellte der Vorsitzende Brey folgende grundsätzliche Fragen als Unterlage der Erörterung:

- 1. Sollen die Beiträge erhöht werden? Event. in welcher Form?
2. Soll das Unterstütsungswesen ausgebaut werden? Event. in welcher Form?

In der Aussprache beschäftigten sich die Redner meist mit Unterstütsungsfragen. Auserzert wurde eine Trennung der Erwerbslosenunterstütsung in Arbeitslosen- und Krankenunterstütsung. Ein Redner wandte sich gegen das Einspruchsrecht des Vorstandes bei Ausgaben der Lokalstellen. Am 12 Uhr wurde die Diskussion abgebrochen. — Heute nachmittag macht der Verbandstag einen Ausflug.

Stuttgart, 10. Juli.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Generaldebatte hatte zum Statut füllte auch noch einen größeren Teil des heutigen Verhandlungstages aus. Die Redner sprachen sich alle im Sinne des Referenten der Statutenberatungskommission dahin aus, daß eine Beitragserhöhung und eine Erweiterung der Unterstütsungseinrichtungen zurzeit nicht vorgenommen werden soll. Rößler-Altenburg brachte einen Antrag ein, den Beitrag für männliche Mitglieder um 10 Pfg. für weibliche um 5 Pfg. pro Woche zu erhöhen und dafür die Arbeitslosenunterstütsung zu erhöhen. Der Antrag fand noch nicht einmal genügende Unterstütsung. Verbandsvorsitzender Brey trat entschieden für die von der Kommission vorgeschlagene Bestimmung — die auf Widerpruch gestoßen war — ein, daß aus der Lokalkasse Kaumittel außer für Zwecke des Verbandes, die sich aus dem Statut ergeben, ohne ausdrückliche Genehmigung des Hauptvorstandes nicht verwendet werden dürfen. Durch diese Bestimmung solle verhindert werden, aus der Lokalkasse Darlehen zu geben und die Unterstütsungen weit über die Bestimmungen des Statuts auszudehnen. Bei der Erweiterung von Unterstütsungen müsse ein gewisses Maß eingehalten werden. Die Bestimmung werde aus berechtigten Organisationsbedürfnissen heraus geschaffen. Es sei besser, die Kampfesmöglichkeit der Organisation zu stärken, als die Gelder der Lokalkassen für alle möglichen Zwecke auszugeben.

Das Ergebnis der Generaldiskussion war die fast einstimmige — gegen eine Stimme — Annahme folgender Entscheidung:

Der 12. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands erkennt die Notwendigkeit des Ausbaues unseres Unterstütsungswesens an.

Da Staat und Gemeinde in der Frage der Arbeitslosenunterstütsung beinahe vollständig verlagert, ist insbesondere dieser Zweig des Unterstütsungswesens dabei zu berücksichtigen.

In Erwägung, daß eine Erhöhung der Unterstütsungsausgaben ohne Beitragserhöhung nicht möglich ist und diese zurzeit wegen der Krisis kaum durchzuführen sein dürfte, beauftragt der Verbandstag den Vorstand, bis zum nächsten Verbandstag eine Vorlage auszubereiten, die neben der notwendigen Erhöhung der Beiträge einen möglichst weitgehenden Ausbau unseres Unterstütsungswesens vorzieht.

Es folgt nun die Spezialberatung des Statuts, bei der die Vorschläge der Kommission im wesentlichen Annahme fanden. Eine materielle Änderung wurde bei den Bestimmungen über die Beiträge insoweit vorgenommen, als beschlossen wurde, daß den männlichen Jugendlichen ihre niedrigen Beiträge nach Ueberschritt in die höhere Beitragsklasse als Vollleistungen angerechnet werden. Die erhaltenen Unterstütsungen werden nicht umgerechnet.

Eine längere Debatte rief ein Antrag zu dem Kassus über das Rahen der Beitragspflicht hervor. Nach diesem Antrag, der dem Vorstand zur Ausführung überwiesen wurde, können weibliche Mitglieder, die auf längere Zeit durch Familienverhältnisse verhindert sind, einem Erwerb nachzugehen und nicht insold sind, auf ihren Antrag hin bei einem Wochenbeitrag von 10 Pfg. Mitglied bleiben. Sie haben dann aber nur Anspruch auf Sterbegeld, Rechtschutz und Zugangsgeld. Wenn sie wieder ihrem Erwerb nachgehen, haben sie die Vollbeiträge wieder zu entrichten, und sie treten dann wieder in ihre alten Rechte ein. Ueber einen Antrag der Leipziger Delegierten auf Erhöhung der Streit- und Gemahregelunterstütsung um wöchentlich 2 Mark entspann sich eine lebhaft Auseinandersetzung. Der Antrag wurde zugunsten eines Antrags auf Erhöhung um 1 Mark zurückgezogen. Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Es bleibt bei den bisherigen Sätzen.

Die Verhandlungen wurden verlagert.

Gewerkschaftsbewegung.

Aussperrung von 30 000 Holzarbeitern. Die organisierten Unternehmer der Holzindustrie in Kottbus haben beschlossen, am 18. Juli ihre Betriebe zu schließen und 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen zu entlassen. In das Aussperrungsgebiet fallen die Orte Kottbus, Spremberg, Forst, Gaben, Lutzenwalde, Sommerfeld und Finsterwalde. Die Unternehmer wollen die Forderungen der in den Betrieben tätigen Arbeiter nicht bewilligen, die diesbezüglich in dem Anstand getreten sind. Auch die Aussperrung soll nun ein Druck auf die

Arbeiterorganisationen ausgeübt werden, die Forderungsbewegung der Balkenarbeiter zu beenden. — Und das alles, weil 30 Balkenarbeiter streiken!

Streik der Schreiner und Glaser in Koblenz. Seit dem 20. Juni streiken die Schreiner und Glaser der Bau- und Möbelfabriken im Streik. Die Unternehmer wollen durchaus die ungeordneten und schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen beibehalten. Das Verhalten der Streikenden ist musterhaft. Es besteht somit die beste Aussicht, daß die Koblenzer Unternehmer gezwungen werden, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln. Alle reisenden und arbeitssuchenden Berufsangehörigen haben deshalb den Streikort zu meiden.

Zammerlappen. Die Gewerkschaftsbewegung hat immer noch ein gutes Stück Arbeit zu leisten, bis sie den letzten Rest von Würdelosigkeit und Zammerlichkeit aus der Arbeiterschaft vertrieben haben wird. Die Gattung von Leuten, die das Unternehmertum in der abstoßendsten Weise anwinkeln um die Gnade, recht intensiv ausgebeutet zu werden, ist noch lange nicht ausgestorben. Folgendes Schreiben, das an den Inhaber einer chemischen Fabrik in der Umgebung von Dresden gesandt wurde, beweist es:

„Hochachtung Herr!

Sie werden entschuldigen, wenn ich mir abermals erlaube, Sie mit der Bitte zu belästigen, ob ich in Ihrem Betriebe nicht Arbeit erhalten könnte. Bin 38 Jahre alt, sehr nüchtern und zuverlässig und im Besitze eines tadellosen Leumundes. Da mir schon vielerlei Arbeiten, auch an Maschinen und Apparaten, von den Händen gingen, würde ich mich auch sicherlich in Ihrem Betriebe sehr leicht einarbeiten und ich verpfehle Ihnen, daß Sie mit mir voll- und ganz zufrieden sein werden.

Würde bei 15 Mark Wochenlohn ganz gerne anfangen, da es mir sehr am Herzen liegt, dauernd angestellt zu werden. Indem ich nochmals um gütige Berücksichtigung meines Gesuchs bitte, zeichne hochachtungsvoll ganz ergebenst M. W.

NB. Habe in meiner Jugend den Brennerkursus in Regensburg besucht, auch in einer Spiritusbrennerei gearbeitet und destilliert, auch in der Brauerei erwarb ich mir Kenntnisse und kenne ganz genau von beiden Betrieben die einzelnen Prozesse, bis das Produkt fertig ist und ersehen Sie daraus, daß ich nicht ungeschult bin.“

Und trotz aller dieser Kenntnisse 15 Mark Wochenlohn! Ein solcher „zuverlässiger“, „nüchtern“ und „tadellos beleumundeter“ Mann im besten Lebensalter ist so recht nach dem Herzen der Unternehmer! Wie wohl mag den Scharfmachern sein, daß es noch immer Leute gibt, von denen sie „hochachtungsvoll ganz ergebenst“ mit der Bitte „belästigt“ werden, die Arbeitskraft sojagun für ein Butterbrot auszusuchen. Hätte sich dieser „Fachmann“ auch einmal um die Arbeiterbewegung gekümmert und wäre er der Gewerkschaft beigetreten, dann würde er es nicht nötig haben, derartige erniedrigende Bittelbriefe zu schreiben und von jedem, der noch einen Begriff von Menschenwürde und Manneswert hat, bedauert zu werden.

Die Holzindustriellen auf dem Kriegspfade.

Im Holzgewerbe bereiten sich neue Kämpfe vor. Aber nicht von den Arbeitern wird der erste Kriegsruf ausgestoßen, obwohl es diesen wohl anstände, mit ihrer Lage die größte Unzufriedenheit zu bekunden, sondern die Unternehmer blasen in das Kriegshorn und rufen zum Kampfe, der angesichts der im nächsten Jahre bevorstehenden großen Vertragsbewegung bereits seine Schatten vorauswirft. — Die Verträge des Holzgewerbes sind in zwei Serien geteilt, von denen je eine von zwei zu zwei Jahren zur Erneuerung gelangt, da die Vertragsdauer vier Jahre beträgt. Im Frühjahr 1915 kommen über 100 Städte mit circa 40 000 Arbeitern für die Bewegung in Betracht. Zu dieser Frage hat nun die Unternehmerorganisation, der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe, auf seiner am 20. Juni in München tagenden Generalversammlung Stellung genommen, und zwar in einer Art, die nicht nur die zunächst beteiligten Holzarbeiter interessieren dürfte. Die in Frage kommenden Städtevertreter der Unternehmer haben nämlich in München eine geforderte Versammlung abgehalten, über deren Verlauf und Beschlüsse einer der bekanntesten Scharfmacher, Dr. Reiner-Mannheim, der Hauptversammlung folgenden Bericht erstattete:

„Es ist eine Kommission aus den beteiligten Städten gewählt worden, die bis zum 1. Oktober ein Arbeitsprogramm festzustellen und die Verhandlungen zu führen hat. Die Ansicht geht allgemein dahin, daß man am Ende der Bewilligungen angelangt sei, da es schon angeht der darniederliegenden wirtschaftlichen Lage eine Grenze in denselben geben muß, die vielfach schon überschritten ist.“

An das Referat knüpfte sich eine eingehende Debatte, in welcher sich die vollste Einmütigkeit kundgab, den beteiligten Städten nach jeder Richtung hin durch den gesamten Verband vollste Unterstütsung zuteil werden zu lassen. Insbesondere wurde auch noch auf die Notwendigkeit hingewiesen und dringend ersucht, die demnächst zur Besendung gelangenden Fragebogen auszufüllen. Am Schlusse der Debatte wurde unter allgemeinem Beifall die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Vertreter der Arbeitgeber aus den Städten, deren Tarifverträge mit den Arbeitnehmern in den Jahren 1914 bis 1916 ablaufen, sind einstimmig der Ansicht, daß die Grenze der Möglichkeit, den Arbeitnehmern Zugeständnisse zu machen, bereits überschritten ist. Sie werden deshalb eher die Konsequenzen einer Ablehnung etwaiger Forderungen tragen, als weitere Forderungen bewilligen. — Diesem einstimmigen unumstößlichen Beschlusse der Städtevertreter tritt der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe bei und ist der tatkräftigen moralischen und materiellen Unterstütsung der Bereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und damit der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands fähig.“

Somit ist also der Reigen für die nächstjährige Vertragskampagne im Holzgewerbe eröffnet. Und zwar nicht im Geiste einer friedlichen Verständigung mit den Arbeitern, sondern unter unerbittlicher Androhung des Kampfes. Man will „eher die Konsequenzen einer Ablehnung etwaiger Forderungen tragen, als weitere Forderungen bewilligen“. Diese Unternehmerpraxis muß man nur richtig verstehen. In dem Säugungsgebiete der Holzindustriellen haben sich schon seit Jahren eine Anzahl Leute im „Taktmachen“ geübt, die diesen Beruf jedoch ebenso wie ihren früheren vollständig verfehlt haben. Akademiker, Juristen, gemessene Militärs ujm. sind es, welche die sogenannten „Arbeitsprogramme“ produzieren, die dann für die Praxis nicht nur völlig wertlos, sondern für das Gewerbe direkt schädlich sind. Aber stets finden sich darin einige im Scharfmachergeist gehaltene „Grundzüge“, die den Unternehmern in der Holzindustrie zwar nichts nützen, aber sehr viel Geld kosten, weil von dem Punkt die heftigen und langwierigen Kämpfe ausgehen. Schon vor Jahren mußte der Vorstand der Unternehmerorganisation diese Herrschaften von seinem Ratgeberposten schießen, da sie den Arbeitgeberverband zum Verhängnis ihrer oft recht verhängnisvollen, unklaren und unpopulären Pläne machten.“

„Einzelne dieser Herren“, so hieß es damals in einer offiziellen Bekanntmachung des Schutzverbandsvorstandes, „deren Annahme sich mit völliger Unkenntnis unserer gewerblichen Verhältnisse paart, möchten das Holzgewerbe zu ihrem Tummelplatz machen“, die „Wühlereien hinter dem Rücken der verantwortlichen Vorstände“ haben zu vielen Konflikten den Anlaß gegeben. Und nun sind dieselben Leute wieder am Ruder, die „studierte Taktik“ soll in der bevorstehenden Vertragsbewegung abermals erprobt werden.

Die „Holzarbeiterzeitung“ bemerkt jartastisch zu den Beschlüssen der Unternehmer: Wir können nicht sagen, daß uns diese Art Taktikmacherei sonderlich imponiert. Auch die Tatsache, daß der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe diesem einseitigen, „unumstößlichen“ Beschlusse beigetreten ist, schreit die Holzarbeiter nicht. Ebenso wenig kriechen sie vor der Bereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und deren moralischen und materiellen Unterstütsung der Holzindustriellen ins Mauseloch.

Was ist das übrigens für eine Unternehmerorganisation, die heute schon, wo die ganze Angelegenheit noch ruhig in der Zukunft schloße schlummert, ihre eigene Schwäche dadurch eingesteht, daß sie die allgemeine Solidarität der gesamten Arbeiterschaft proklamiert und darauf ihre ganze Taktik aufbaut! Ein solcher Bau ist auf Sand gebaut, das haben die Unternehmer doch schon in der Vergangenheit genügend erfahren. Ihre Beschlüsse sind daher vorläufig weiter nichts als Worte, damit allein lassen sich die Arbeiterorganisationen nicht niederbringen. Mögen die Unternehmer nur weiter zum Fenster hinaus reden und schließlich beschließen, das wird den Arbeitern höchstens noch mehr die Augen öffnen. Ihnen sei daher nochmals wiederholt, was die klaren Tatsachen bei den verflochtenen Tarifkämpfen so einwandfrei geprägt haben und was in Zukunft nicht anders sein wird: Nicht durch Generalversammlungsbeschlüsse und praesertliche Kampfgebärden werden die Bedingungen der Tarifverträge geschaffen, sondern durch die Macht, Stärke und Aktionsfähigkeit der Organisationen. Wenn uns noch ein Beweis hätte geliefert werden müssen, wo es den Hebel anzufassen gilt, dann hätten die neuesten Beschlüsse der Arbeitgeber dies bezeugt. Stärkt Eure Organisationen, das ist eine klügerere Taktik als „unumstößliche“ Kampfbeschlüsse in die Welt hinauszupolieren.

Die Werkmeister gegen den gelben Terror.

Es gibt wohl kaum eine bessere Bestätigung für die Richtigkeit der marxistischen Gesellschaftskritik, als die Folgerichtigkeit, mit der in unseren Tagen die Gruppen, die bisher als die besten und zuverlässigsten Stützen des Kapitalismus angesehen wurden, eine nach der anderen zur Erkenntnis seiner Unkultur gelangen und sich gegen die weitere Ausdehnung seiner immer unerträglicher werdenden Machtpolitik zur Wehr setzen. Das neueste auf diesem Gebiet ist folgender Ausschrei aus den Kreisen der Werkmeister:

„Vermehrter Arbeitswilligenhunger ist die Parole der Arbeitgeberverbände. Wir allerdings ruhen nicht nach einem vermehrten Schutze der Arbeitswilligen, da die gesetzlichen Vorschriften vollkommen ausreichen, um etwaige Uebergriffe der Arbeiter bei Aussperrungen auf das richtige Maß zurückzuführen. Wir verlangen heute etwas ganz anderes! Nämlich den Schutz der Werkmeister gegen den Terrorismus in den Betrieben, der sich heute überall breit macht, der heute dem tüchtigen Werkmeister das Leben verleidet, ihm die Arbeitsfreude nimmt. Dabei handelt es sich nicht um die freien, christlichen und kirchlich-dünkelhaften Gewerkschaften, sondern um den Terrorismus, den die Werkvereine ausüben, bezw. die Personen im Betriebe, die die Schutzpatrone der Werkvereine sind. Darunter leiden am allermeisten die Werkmeister, bei denen man von vornherein eine neutrale Stellung der verschiedenen Arbeitergruppen gegenüber erwartet. Aber nicht nur die Werkmeister sind es, die darunter zu leiden haben, sondern die technischen und Bureauangestellten der Fabrikbetriebe, bei denen auch alles geschieht, um sie zu Mitgliedern der Werkvereine zu werden.“

Diese Worte enthalten eine wichtige Anklage gegen das herrschende System und bilden eine vorzügliche Illustration für die freche Lüge, die die Unternehmer und ihre Helfershelfer mit dem fortwährenden Geschrei über den angeblichen Terrorismus der freiergestellten Arbeiter in die Welt gesetzt haben. Das Bemerkenswerteste aber ist, daß diese Sätze nicht von einer unkontrollierbaren Einzelperson herühren, oder den gelegentlichen Stoßfänger eines besonders schlecht Behandelten darstellen, sondern aus einem Leitartikel der „Werkmeister-Zeitung“ stammen, die das Organ des 60 000 Mitglieder zählenden Werkmeisterverbandes in Düsseldorf ist. Dieser Verband gehört, wie wir erst kürzlich dargelegt haben, durchaus zu der Gattung der Harmonievereine und seine Politik ist alles andere eher als radikal. Aber gerade dieser Umstand gibt seinem Protest eine erhöhte Bedeutung und macht ihn zu einem Dokument, an dem kein ernsthafter Beobachter unserer sozialen Zustände achtlos vorbeigehen kann. Daß diese Zustände wahrhaft unerträglich sind und dringend der Beseitigung bedürfen, beweisen am besten die Ausführungen, mit denen die „Werkmeister-Zeitung“ beschreibet, wie die technischen Angestellten zu Mitgliedern der Werkvereine gepreßt werden:

„Hört man das von den beteiligten Personen, ist es geradezu haarsträubend, welche Mittel man einmal angewendet werden, um das Rückgrat der Werkmeister, auf die der Arbeitgeber angewiesen ist, zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Die von ihm hergestellten Produkte werden getadelt, überall findet man etwas auszusprechen, das auch dann, wenn die Arbeiten, die der Werkmeister früher lieferte, absolut einwandfrei waren. Die Mitglieder der Werkvereine machen dem Werkmeister allerlei Schwierigkeiten, nur um ihn zum Beitritt zu zwingen. Oft werden gute Arbeiter in der Abteilung, die der Werkmeister angelehnt hat, auf die er sich verlassen kann, nach und nach in andere Betriebe versetzt, nur damit seine Arbeit nicht mehr einwandfrei ist, damit ihm bewiesen wird, daß er den geforderten Anforderungen nicht mehr entspricht. Es ist auch nichts Seltenes, daß dem Werkmeister mit der Rändigung gedroht wird, wenn er dem Werkvereine nicht beiträgt.“

Damit wird für uns allerdings nur bestätigt, was wir aus den Klagen der Arbeiterschaft schon lange wußten. Die Tatsache jedoch, daß jetzt sogar den Werkmeistern die Sache zu toll wird, beweist doch, wie weit die Vergiftung des Arbeitsverhältnisses unter dem Einfluß der gelben Bewegung bereits gediehen ist. Denn man beachte wohl: Der Protest der Werkmeister ist nicht aus einer tieferen Ueberzeugung geboren, ist nicht etwa von der Erkenntnis ihrer Klassenlage diktiert, sondern es ist nur der überwiegend gefühlsmäßige Ausschrei einer unterdrückten Schicht, die erste Auflehnung gegen den Mißbrauch ihres Menschentums.

Es ist weniger die Sorge um die soziale Stellung, als um die Stellung im Betriebe, mehr ein Kampf um die „Autorität“, als um persönliche Freiheit.

Der Arbeiter, der mit dem Werkmeister im Werkverein ist, nimmt sich alles Mögliche heraus, ohne daß der Werkmeister instand ist, sich gegen die allzu große Rolle

glückselig und Intimität seines Werkvereinsgenossen zu wehren.
Und das ist nur eine Bestätigung unseres Wissens. Die ständige Begünstigung und Beschäftigung der Gelben führt ganz naturgemäß dazu, daß die vielen minderwertigen Elemente unter ihnen zu terroristischen Handlungen und Nebensarten in einem Maße ermutigt werden, daß sie auch jedem charaktervollen Vorgesetzten widerlich erscheinen müssen. Aber deswegen ist es doch verfehlt, wenn die „Werkmeister-Zeitung“ nun gleich das Kind mit dem Bade ausschüttet und summarisch erklärt, ein Werkmeister gehöre überhaupt nicht in einen Arbeiterverein, weil sich das mit seiner „Autorität“ nicht vertrüge. Von den unvermeidlichen Ausnahmen abgesehen, werden freigeordnete Arbeiter immer wissen, wie sie sich ihren zu Werkmeistern avancierten Kollegen gegenüber zu verhalten haben.
Von der „Werkmeister-Zeitung“ wird dies auch ausdrücklich ausgegeben. Sie erklärt wiederholt, daß von einem Terrorismus der freien Gewerkschaften oder von einer Abhängigkeit der Werkmeister von den Mitgliedern der Gewerkschaften keinesfalls die Rede sein könne, während alle dahingehende Behauptungen der Arbeitgebersekretäre in verstärktem Maße für die Werkvereine gelten! Daß schließlich alle Meinungen des gelben Terrors nur eine Gruppe in dem großen Komplex von Unterdrückungsversuchen bilden, mit denen die kapitalistischen Mächtigen das arbeitende Volk niederzubehalten suchen, belegt die „Werkmeister-Zeitung“ vorzüglich mit den Sätzen, in denen sie sich über die politische Beeinflussung der Werkmeister beklagt:
„Gehört der Arbeitgeber der Zentrumspartei an, wird es ungern gesehen, wenn der Werkmeister eine führende Rolle in einem liberalen Verein spielt; ist der Arbeitgeber nationalliberal, darf der Werkmeister in der Zentrumspartei nicht den Ton angeben; ist der Arbeitgeber konservativ, verlangt er von seinem Angestellten auch Betätigung nach der konservativen Richtung hin.“
Wo Terrorismus an allen Enden! Im gewerkschaftlichen wie im politischen Leben, im Betriebe sowohl wie in den privatsten Angelegenheiten. Daß die Werkmeister sich hiergegen nunmehr auch zur Wehr setzen, ist im Interesse der ganzen Arbeiterklasse zu begrüßen. Hoffentlich bleibt es aber nicht bei dem papierernen Protest, sondern führt auch bald zu Taten, die bekanntlich allein in der Lage sind, die Schanzenschießerei der Unternehmer zu beeinflussen.

Soziales.

Vom Tode der „Volksfürsorge“. Das elfjährige Töchterchen eines Bauarbeiters in Braunschweig wurde am 1. Oktober 1913 auf Grund des Tarifs II bei einer Halbmögensprämie von 60 M. für eine nach 15 Jahren fällige Versicherungssumme von 180 M. bei der „Volksfürsorge“ versichert. Am Karfreitag wurde das Kind beim Spiele von zwei Altersgenossen gegen einen Hydranten und eine Mauer geworfen, daß es bewußtlos nach Hause gebracht werden mußte und nach 14 Tagen an Gehirnerschütterung starb. Die „Volksfürsorge“ erkannte den Tod als infolge eines Unfalls an und zahlte die fällige Versicherungssumme im Betrage von 143,40 M. aus. An Prämien sind dafür 7,80 M. gezahlt worden. — Ein 35jähriger Bergmann in Wieschhofen bei Dortmund versicherte sich am 1. April 1914 bei einer Halbmögensprämie von 1 M. nach Tarif II für eine spätestens nach 15 Jahren zu zahlende Versicherungssumme von 280 M. Am 9. April morgens 4 Uhr erlitt der Versicherte bei der Arbeit einen Unfall, an dessen Folgen er nachmittags 4 Uhr starb. Die „Volksfürsorge“ erkannte den Unfall an und zahlte nach Leistung einer Halbmögensprämie von 1 M. die fällige Versicherungssumme in Höhe von 257 M. unverzüglich aus. — Der 24 Jahre alte verheiratete Zimmerer M. in Harburg versicherte sich am 1. Dezember 1913 bei der „Volksfürsorge“ nach Tarif II für eine nach 20 Jahren auszuhaltende Versicherungssumme von 280 M. bei einer Halbmögensprämie von 70 M. Am Sonntag, dem 24. Mai, machte der Versicherte mit drei weiteren Personen eine Sollenfahrt auf der Süderelbe, wobei das Boot umkippte und der Versicherte und seine Schwägerin ertranken. Die „Volksfürsorge“ zahlte der hinterbliebenen Witwe, da der Versicherte durch einen Unfall ums Leben kam, die fällige Versicherungssumme von 270,90 M. alsbald aus. Als Prämie hat der Versicherte 14,90 M. bezahlt.

Was das Volk ist.

Die Massenerkrankungen nach dem Genuß von Hackfleisch und Leberwurst, die Ende September 1912 in Köln a. Rh. zu verzeichnen waren und seinerzeit im Publikum eine große Aufregung zur Folge hatten, kamen in einem Prozeß zur Verhandlung, der am 2. Juni vor der fünften Strafkammer in Köln begann und am 8. Juli zu Ende geführt wurde. Die Erkrankungen, im ganzen 158, waren in der Mehrzahl leicht verlaufen, ein nicht unerheblicher Teil der Betroffenen war aber in erster Linie erkrankt und mußte in ärztlicher Behandlung verbleiben, sowie längere Zeit das Bett hüten. Letzter war auch der Tod eines elfjährigen Knaben zu beklagen, der Hackfleisch gegessen hatte. Die Herren Metzgermeister, noch nicht zufrieden damit, die Konsumenten durch maßlos hohe Preise zu schröpfen, verkaufen obendrein noch das Fleisch von kranken Vieh als gute Ware. Es ist dem Eingreifen unseres Kölner Parteiblattes mit zu verdanken, daß die Staatsanwaltschaft auf die Existenz einer Anzahl sogenannter Volkschlächtereien in der weiteren Umgebung Kölns aufmerksam gemacht wurde. Mit diesem hübschen Namen hat man die Betriebe belegt, die grundsätzlich nur krankes Vieh aufkaufen und das Fleisch auf dunklen Wegen an großstädtische Metzgereien liefern, die es dann ihrerseits in der Wurst und dergleichen verschwinden lassen.
Die Anklage richtete sich gegen den Metzgermeister Heinrich Wisdorf und seine Frau, gegen die Ehefrau Martha Marx, den Metzgermeister Widua, den Metzgermeister Hermann Rahn, sämtlich von Köln, den Viehhändler Jakob Reusch aus Düren und den Metzgermeister Jonas Salm aus Mariaweyer bei Düren. Während den ersten fünf Angeklagten zur Last gelegt wurde, vorzüglich Hackfleisch und Wurstwaren herzustellen beziehungsweise verkauft zu haben, deren Genuß geeignet war, die menschliche Gesundheit zu schädigen, waren die beiden letzten Angeklagten beschuldigt, kränke, teilweise sogar tuberkulöse Rinde aufzukaufen und in den Handel gebracht zu haben. Für die Verhandlung waren 200 Zeugen und als Sachverständige 38 Ärzte, Bakteriologen, Chemiker und Metzgermeister geladen.
Die der Verhandlung zugrunde liegenden Vorgänge ergeben sich am besten aus den Ausführungen des Staatsanwalts: Wisdorf hatte sein Wurstfleisch hauptsächlich von Reusch bezogen; dessen Lieferant war Salm. Schon seit längerer Zeit standen Reusch und Salm in dem Geruch, Volkschlächter zu sein. Ich will nicht behaupten, so sagte der Staatsanwalt, daß Reusch und Salm die einzigen gewesen sind, die das ehrlame Handwerk der Volkschlächtereit betreiben. Ich will auch keinen mit Namen nennen, aber ich glaube, eine Reihe von Schlächtern aus der Gegend ist es auch gewesen. Der Begriff der Volkschlächtereit

ist ja hier verschiedentlich erörtert worden, und es handelt sich dabei, um es kurz zu sagen, um Schlächtereien, wo Nachschlachtung an der Tagesordnung sind. Es ist in der Sonderheit wahr, daß solches Vieh den Weg in den Stall des Reusch fand, und auch erklärlich, weil verschiedene Zeugen hier ausagten, daß Reusch ziemlich hohe Preise bezahlte. Interessant ist auch die Art des Geschäftsbetriebes, der sich zwischen den Händlern einerseits und Reusch nebst Salm andererseits abspielte. Es wurden Geschäfte auf Ehrenwort abgeschlossen und ihm einfach antelephoniert: Hier ist eine Kuh! Reusch sagte: Schicken Sie mir das Tier herum, um den Preis abzumachen. Reusch schlachtete dann die Kuh und schickte dem Händler, was ihm beliebte. Wie beschreiben nun die Händler diese Tiere? Einer sagte: Nun, was gute Tiere sind, die schlachte ich selbst. Daraus ist doch wohl der Schluß zu ziehen, die Tiere, die nicht mehr gut waren, bekommt der Reusch. Ein anderer sagte: Ich habe doch nicht hineingesehen, ob die Tiere gesund waren. Ein weiterer erklärte: Die Rinde hatten eben ein bißchen was am Euter. Einer setzte aber allem die Krone auf, indem er sagte: Die Tiere waren ja noch am Leben. Daraus kann man den Schluß ziehen, solange wie das Vieh eben noch lebt, kann man es noch verkaufen. Weiter geht daraus die eigenartige Anschauung der Leute hervor. Unter den von Reusch angekauften Tieren befanden sich solche, die von den Viehversicherungen abgestoßen waren. Wie kommt es, daß die Tiere abgeschafft werden? Die tierärztliche Bescheinigung, die der Viehverlänger gegeben wird, spricht sich nicht darüber aus, ob sie krank sind, oder ob sie zum Schlachten noch zu gebrauchen sind. Der Tierarzt setzt einfach hinein, das Tier ist unwirtschaftlich, und die Abhaltung ist anzuraten. Es waren Rinde darunter, die an Keuchlopf, Euterüberkuloze, Bauchfellentzündung, Bauchwasser sucht und an anderen Krankheiten litten. Es hat sich in der Verhandlung ergeben, daß sich in der Gegend solche Läden befinden, die verhindern, daß einem solchen Treiben, das man als gemeingefährlich bezeichnen muß, ein Riegel vorgeschoben werden kann. Ich hoffe, daß der Prozeß eine wünschenswerte Unterlage für die Gesetzgebung geben wird. Die Beseitigung der Volkschlächtereien muß gefordert werden. Der Kampf gegen die einzelnen Schlächtereien hat keinen Wert. Es wird weiter gefordert werden müssen eine bakteriologische Untersuchung alles Fleisches. Denn die beiden Fleischhauer sind medizinisch viel zu wenig gebildet, um sich ein Urteil darüber bilden zu können, ob das Fleisch noch erst tierärztlich untersucht werden muß oder nicht. Es muß die direkte Auslieferung des Fleisches an die Empfänger verboten werden, und es ist notwendig, daß das Fleisch erst irgendwo lagert, um vor der Ablieferung an den Abnehmer untersucht zu werden. Es muß ferner für die Entziehung von der Verkaufsstelle eine strenge Strafe eingerichtet werden. Die Strafe, die jetzt darauf steht, ist viel zu gering, um abschreckend zu wirken. Es muß schließlich eine Aenderung eintreten bezüglich des Verkaufs von den Viehversicherungen übernommenen Viehs. Gerade das Vieh, das von den Viehversicherungen abgestoßen wird, bedeutet eine besonders große Gefahr.
Das Urteil lautete gegen Reusch und Salm auf je ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, gegen Wisdorf auf 1000 Mark und gegen Widua auf 100 Mark Geldbuße. Sämtliche übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Bedenkt man, daß diese Schweinereien jahrelang betrieben wurden, so ergibt sich, wie notwendig die vom Staatsanwalt verlangte schärfere Kontrolle ist. Denn was bei dem Kölner Prozeß aufgedeckt wurde, ist ja nicht neu; periodisch werden ganz ähnliche Dinge aus dieser oder jener Ecke des deutschen Vaterlandes berichtet. Vorkommnisse dieser Art zeigen aber immer wieder, daß die Lebensmittelversorgung noch durchaus zu wünschen übrig läßt, vor allen Dingen, daß die Konsumenten hier noch fast völlig verlagen. In Köln besteht eine Fleischkontrolle, die nach der Meinung der städtischen Behörden zum Schutze gegen gesundheitliche Gefahren völlig ausreicht; dieser Prozeß zeigt aber nun mit erschreckender Deutlichkeit, daß zerrissene und gewissenlose Metzger und Händler diese Kontrolle mit Leichtigkeit umgehen können.
Die Konsumenten mögen aus dem Prozeß die Nutzenwendung ziehen, überall auf eine verschärfte Fleischkontrolle zu dringen.

Aus der Jugendbewegung.

Württembergische Regierung und Jugendbewegung. Die Nachricht der „Täglichen Rundschau“, daß die württembergische Regierung die gegen die Auflösung der Stuttgarter freien Jugendorganisation gerichtete Beschwerde abgemiesen und beschloffen habe, sämtliche freien Jugendorganisationen in Württemberg anzulösen, entspricht nicht den Tatsachen. Wie der „Schwäbische Merkur“ mitteilt, hat die württembergische Regierung zu der Beschwerde noch keinen Beschluß gefaßt.

Aus dem Gerichtssaal.

Unterschlagung von Kassengeldern. Wegen Unterschlagung von 10000 M. Kassengeldern wurde der Kassendirektor Durian von der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Breslau zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Um falschen Gerüchten die Spitze abzubrechen, sei bemerkt, daß B. ein guter Patriot ist.

Aus Nah und Fern.

Sozialdemokratischer Bürgermeister. Bei der Bürgermeistereiwahl in Ludwigshafen im Thüringer Wald erhielt der von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagene Bäckermeister und Gastwirt Theodor Meyer von 108 abgegebenen Stimmen 71. Er ist somit zum Bürgermeister von Ludwigshafen gewählt.

Liebesdrama. Aus Berlin wird gemeldet: Ein Spaziergänger hatte am Montag in einer Wohnung an der Chaussee zwischen Friedrichshagen und Schöneiche einen Mann und ein junges Mädchen, an einem Baum gelehnt, sitzen gesehen. Gestern, als derselbe Mann an dieser Stelle vorbeikam, fand er zu seinem großen Schrecken das Paar noch an derselben Stelle vor, den Mann in der gleichen Stellung wie vor vier Tagen, während das Mädchen am Boden lag. Als er nähertrat, erwies sich der Mann als tot und auch seine Begleiterin war anscheinend ohne Leben. Moller Entzogen eilte der Entdecker dieser Tragödie nach Friedrichshagen und benachrichtigte die Polizei, die sich mit einem Arzt an Ort und Stelle begab. Das Mädchen hatte eine Schußwunde in der Schläfe und hat im Friedhofswald seit Montag hilflos im Walde gelegen. Ihr Zustand gilt als hoffnungslos.

Ein riesen-Konturs. Im Konturs der Berliner Warenhausfirma Wolf Wertheim, G. m. b. H., wurde am Freitag der erste Prüfungstermin vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte abgehalten. Der Kontursverwalter teilte mit, daß der Ausverkauf des Warenlagers 1 480 000 M. ergeben

habe; alles in allem habe die Masse einen Eingang von 1762865 M. aufzuweisen, welcher Summe 89213000 M. Forderungen gegenüber stehen. 3000 Anmeldungen liegen vor; der größte Teil der Forderungen werde aber den Zwangsweg durchmachen müssen. Der Kontursverwalter hält auch Regressansprüche gegen die verantwortlichen Personen des Kuratorkonzerns, ferner gegen den früheren Aufsichtsrat der Firma und gegen den Geschäftsführer für unvermeidlich. Interessant war auch seine Mitteilung, daß die Palästina-Bank an der W. Wertheim G. m. b. H. jährlich 1 1/2 Millionen Mark verdient habe. 400 Gläubiger haben sich dem Gläubiger-Schuldenverband angeschlossen, der unverzüglich die Einleitung der Prozesse veranlassen wird.

Ein tragischer Unglücksfall hat sich Donnerstag in Neu-Kölln ereignet. Durch das scheu gewordene Pferd eines Krankenwagens der Stadt Neu-Kölln wurde der Wagen, in dem sich ein verletztes Kind, dessen Vater und ein Bekannter der Familie befand, in der Hermannstraße gegen die Bordwand des Trottoirs geschleudert und stürzte um. Das Kind wurde getötet. Der Vater ist schwer und der andere Insasse leichter verletzt worden.

Die enttäuschten Patienten. Viele Bewohner in Bad Kösen und der umliegenden Ortschaften sind jetzt aus einem eigenartigen Grunde in großen Schrecken versetzt worden. Vor einigen Monaten wurde der allgemein beliebte Kösenener Arzt Dr. Rieger in der Nähe des Bahnhofs Kösen von einem Berliner Schnellzug überfahren und entsetzlich verstümmelt. Dem Unglücklichen wurden ein Bein und ein Arm abgefahren und außerdem der Leib aufgeschlitzt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Dr. Rieger hatte eine sehr sonderbare Eigentümlichkeit: er sandte nämlich an seine vielen Patienten, die er im Laufe der letzten acht Jahre behandelt hatte, niemals Rechnungen und vertritt seine Klienten, wenn sie ihn um die Rechnung baten, immer auf spätere Zeiten. Schließlich entstand allgemein die Überzeugung, daß Dr. Rieger, der im Rufe eines reichen Mannes stand, aus Uneigennützigkeit überhaupt keine Rechnungen schickte. Jetzt ist nun den Patienten eine peinliche Ueberraschung zuteil geworden. Sie erhielten nämlich durch ein Inkassobureau im Auftrage der Erben des verstorbenen Arztes Rechnungen für die Leistungen Dr. Riegers zugestellt. Unter den Patienten befinden sich viele, die mehrere Kinder haben und im Laufe der Jahre die Hilfe Dr. Riegers sehr häufig in Anspruch genommen haben. Ihre Rechnungen belaufen sich inselbst auf mehrere hundert Mark, ein Betrag, den die meist in ärmtlichen Verhältnissen lebende Patienten überhaupt nicht besitzen. Im ganzen haben die Riegerschen Erben für etwa 100 000 Mark Rechnungen ausgestellt. Unter den Patienten befinden sich auch viele Arbeiter und kleine Bauern, die jetzt ob der ihnen zuteil gewordenen Ueberraschung in heller Verzweiflung sind. In der Nähe von Kösen liegt das Dorf Punsdorf. Es hat im ganzen 36 Häuser, und von diesen blieben nur die Bewohner von drei Häusern ohne Riegersche Rechnungen. Was nun die große Zahl der Patienten, die nachträglich mit solchen Rechnungen beglückt wurden, tun wird, steht noch dahin. Sozial steht jedenfalls sicher, daß der allergrößte Teil der Liquidationen längst verjährt ist und daß höchstens die Forderungen aus den letzten zwei Jahren für die Bezahlung in Frage kommen können.

Großfeuer in einem norwegischen Dorfe. In der Nacht zum Freitag wurde das norwegische Dorf Selvat im Amt Trondhjem von einer großen Feuerbrunst heimgegesucht. 60 Häuser sind abgebrannt, darunter die Apotheke, das Polizeigebäude und ein Bankgebäude, ferner sechs Geschäfte und zwei Schlachtereien. Menschen sind nicht umgekommen. Tausend Personen sind obdachlos. Der Schaden wird auf eine Million Kronen geschätzt.

Ein Hotel in Flammen. Während eines außerordentlich heftigen Gewitters, das über Christiania und Umgebung niederging, schlug der Blitz in das bekannte große Touristenhotel Holmenkollen ein. Das Hotel war binnen kurzer Zeit ein Flammenmeer. Die Hotelgäste und das Personal konnten nur mit Mühe das nackte Leben retten, es kam aber niemand zu Schaden. Es gelang der Feuerwehr, den Brand auf das Hotel zu beschränken, das völlig niederbrannte. Mehrere Stunden hindurch war der das Hotel umgebende Nadelwald aufs höchste gefährdet.

Mord. In einem Weinberg bei Lützhelm im Elsaß wurde gestern morgen die 60jährige Witwe Gubert ermordet aufgefunden. Von dem Täter, der die Frau durch zahlreiche Messerstiche getötet hat, fehlt jede Spur.

Kessel-Explosion. Der Frachtdampfer „Clacton“ von der Great Eastern Railway hatte vorgestern auf der Reise von Rotterdam nach Harwich eine Kessel-Explosion an Bord. Zwei Mann wurden schwer verletzt. Der Dampfer hat seine Reise mit einem Kessel fortgesetzt und gestern Harwich erreicht.

Ein Auto unter den Rädern der Lokomotive. Der Schnellzug der gestern vormittag 10 Uhr von Kopenhagen nach Helsingör abging, überfuhr in der Nähe von Helsingör ein Automobil, in dem sich vier Personen befanden. Der Kraftwagen wurde zertrümmert. Zwei Personen, nämlich Bankdirektor Behrens aus Helsingör und ein Kind, wurden getötet, die beiden anderen Personen schwer verletzt.

Bootsunfall auf der Donau. Aus Silistria wird gemeldet, daß dort etwa zwanzig bulgarische Arbeiter, die die Donau in einem großen Kahn überqueren wollten, verunglückt sind. Sie wurden durch den Wellenschlag eines Schleppdampfers umgeworfen, und obgleich die Mannschaft des Dampfers den Verunglückten zu Hilfe eilte ertranken vierzehn Arbeiter in den Fluten. Einer starb vor Erreichung an Bord des Dampfers, nachdem er gerettet wurde.

Bürgerliste.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamte angenommen:
Oberlehrer an der Erziehungsschule Dr. phil. Abshagen, Zollsekretär Ahrens, Handlungsgehilfe Bode, Bauunternehmer Bockholt, Buchhalter Brunn, Lehrer Burmeister in Rigerau, Hospizier Dahl in Rigerau, Arbeiter Dwojatski, Fuhrer Gerth in Dummerdorf, Arbeiter Gieseler, Arbeiter Gohmann, Bahnarbeiter Herbst, Arbeiter Jäger, Arbeiter Kahl in Kurau lüb. Ant. Arbeiter Klein, Kanzlist bei der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte Krieger, Lehrer Klismann, Registrator Krohn, Arbeiter Lebermann, Steinmetzgehilfe Meyer, Arbeiter Plewe, Kassierer Preßler, Arbeiter Puls, Steindruckergehilfe Schmidt, Arbeiter Schröder, Arbeiter Schütt, Musiker Siegler, Schlächter Stadisch, Baggerführer Bobian, Träger Bobs, Zimmergehilfe Bobs, Arbeiter Warnk, Eisenbahn-Arbeiter Wilms, Schlächter Wittfoth.
Dieselben haben am 27. Juni 1914 vor dem Senate des Bürgerreid geleistet.

Theater und Musik.

Stadthallen-Sommertheater. „Mein Freund Teddy“, Lustspiel von Nivoire und Besnard. Die Namen der Verfasser deuten schon auf die französische Herkunft und den französischen Charakter des Lustspiels hin. Pariser Lust weit in dem an sich herzlich belanglosen Stück, das die Autoren mit einem urwüchsigem Amerikaner beleben. Nebenbei die einzige Typen in den Gestalten, bei denen gesellschaftlicher Flirt und Strebertum um des Ruhmes willen die lautere Beschäftigungsart bilden. Die Moral, ein Mitglied der Camera du Debut, hat ein entsprechendes Weibchen, um das er sich aber gerade in seiner Eigenschaft als Abgeordneter, unter denen er gewiß als Trottel die erste Stelle einnimmt, wenig kümmert. Dafür sucht der Gesellschaftssekretär Bertin sich als Hausfreund anzubiedern, und er findet bei der liebevollenden jungen Frau, die ihn nimmt, weil kein anderer da ist, Entgegenkommen. Ehe die Zuneigung recht erwacht, kommt Teddy Kimberley in den französischen Salon herein. Er drängt den Monokelmenschen Bertin vom Platte, bringt es trotz seiner Glogigkeit fertig, sich Liebkind zu machen und scheut sich nicht, in den höflich-heuchlerischen Ton seine „aufrichtige Amerikanernatur“ in den Vordergrund zu stellen. Diese und der Gelbbeutel erringen ihm den Sieg. Freund Teddy gibt dem Kammermitglied Gelegenheit, sich mit der Präsidentenwitwe zu kompromittieren, dem Gesellschaftssekretär, sich als Filou zu entpuppen, der es nur auf die Stellung als Hausfreund abgesehen hatte und schließlich siegt die Tugend zwischen dem grobkörnigen Amerikaner und dem zarten Pariser Weibchen. Herr Grün verkörperte den Freund Teddy urwüchsig und belebte dadurch die ganze Handlung. Fräulein Hannah Joseph verstand es, aus der Kammermitgliedsgattin Madeleine ein empfindendes Frauchen zu gestalten und Regina Schweiger gab die Präsidentenwitwe mit Eleganz. Der Gesellschaftssekretär wurde von Herrn Weinelein lobenswert verkörpert. Auch alle übrigen Mitwirkenden, darunter Herr Langer als Kunstmaler und Herr Reiter als Vater Madeleines, führten ihre Aufgaben bestens durch. y.

Genossenschaftsbewegung.

Feinde ringsum! Auf der am 16. Juni in Essen abgehaltenen Jahresversammlung des Bundes deutscher Schmiedemeinnungen wurde mit Nachdruck auf den Schaden hingewiesen, der dem Schmiedegewerbe durch die Ausübung des Hufschlags durch Genossenschaften und Konsumvereine entsteht. Zu verlangen sei ein striktes Verbot der selbständigen Ausübung des Hufschlags durch Genossenschaftsschmiede. Also auch die Schmiedemeister sind schon von dem leider durch eine überberatene Gesetzgebung genährten

Zerwahn befallen, daß sie ein Privileg auf die Rundschaft ihrer Mitmenschen hätten und daß diese gefällig gezwungen werden müßten, auf ihr gutes Recht zu verzichten, ihre Gütle dort mit Eisen versehen zu lassen, wo es ihnen paßt. — Am Tage zuvor war in Kiel der norddeutsche Zweigbund des deutschen Fleischerbundes verjammelt. Ein Referent behauptete, daß der Großbetrieb im Fleischergewerbe nicht zum Segen für das Gewerbe im allgemeinen ausschlage. Man solle deswegen dahin streben, im Fleischerhandwerk den Kleinbetrieb zu erhalten. Der Staat müsse mithelfen durch Einführung einer Umsatzsteuer für alle Groß- resp. Konsum- oder Genossenschaftsbetriebe. Der Kleinbetrieb aber müsse unterstützt werden. Die natürliche Entwicklung ihres Gewerbes werden die Fleischermeister auch durch das Verlangen nach unvernünftigen Gesetzen nicht aufhalten, schon weil die Rücksicht auf die Volkshygiene das verbietet. Die Fleischergejellen aber täten klüger daran, statt sich gegen die Konsumvereine mißtrauen zu lassen, danach zu trachten, daß ihnen die Fleischermeister ebenso günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren, wie ihre in Konsumgenossenschaftsbetrieben tätigen Kollegen sie genessen. — Auf ein ganz organisiertes Mittel, die Konsumvereine zu bekämpfen, ist man in Sternberg (Mecklenburg) verfallen. Dort haben Pastor und Rektor im Bunde mit mehreren Geschäftsleuten „Jünglings-, Jungfrauen- und „christliche“ Arbeitervereine ins Leben gerufen, um dem Konsumverein das Lebenslicht auszublasen. Die Geschäftsleute tragen zur Deckung der Unkosten der Vergnügen „ihrer“ Vereine bei und erwarten als Dank dafür natürlich, daß die Mitglieder ihre Waren von ihnen, statt aus dem Konsumverein holen. Die mecklenburgischen Konsumenten sind nun allerdings verständigt genug, um zu wissen, daß ihnen der Konsumverein ganz andere Vorteile bietet als jene zu durchsichtigen Zwecken gegründeten, und so werden auch wohl in Sternberg die Versuche, Bewirrung in ihre Reihen zu tragen, das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreichen.

Literarisches

Von der Neuen Zeit ist soeben das 15. Heft vom 2. Band des 32. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Massendemonstrationen vor Gericht. Von R. Rautsky. — Nationalismus und Klassenkampf in Hollandisch-Indien. Von E. T. C. Douwes-Decker. — Die deutschen Gewerkschaften und ihr Kongreß. Von Adolf Braun. — Neue Tendenzen in der englischen Arbeiterbewegung. Von August Mai (London). — Eine Stichprobe italienischer Kolonialpolitik. Von Oda Olberg. — Der argentinische Parteitag. Von W. Thießen (La Plata). — Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist uns soeben Nr. 21 des 24. Jahrganges zuge-

gangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der Gewerkschaftskongreß zu München. Von H. Kästel. — Die Beteiligung der Frauen an den Neuwahlen der Krankenkassenorgane. Von Fr. Kleets. — Material zur Tagesordnung der dritten Internationalen Sozialistischen Frauentonferenz in Wien: Aus Deutschland. I. Von Luise Biez. — Aus der Bewegung.

Vom Wahren Jakob ist soeben die 15. Nummer des 31. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Steinschlag-Viehmarkt vom 10. Juli.
Auftrieb 2218 Schweine. Markt langsam.
Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenliegender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:
Beste schwere reine Schweine, über 200 Pfd., Tara 20 Proz., 51.— bis 52,00 (41.— bis 41,50), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 51.— bis 52,00 (41.— bis 41,50), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 53.— bis 54.— (41,50 bis 42.—), gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 53.— bis 54.— (41,50 bis 42.—), geringere Ware, Tara 24 Proz., 50.— bis 53.— (38.— bis 40.—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 46.— bis 47.— (37.— bis 37,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 24 Prozent, 40.— bis 44.— (31.— bis 34,50) Mt.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 10. Juli.

1. Qualität	121—124 Mt.
2. Qualität	105—110
3. Qualität	98—100
Russisch-Sibirische 1. Qualität, verjollt	111—114
Russisch-Sibirische 2. Qualität, verjollt	108—110
Russisch-Sibirische 3. Qualität, verjollt	—

Briefkasten.

Nach Vorwerk. L. B. Bin leider am Montag durch anderweitige Inanspruchnahme verhindert. Auch von den übrigen Gewünschten hat — wie mir von W. B. mitgeteilt wurde — niemand Zeit. Ihr müßt Euch also für diesmal allein behelfen. Gruß St.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Schuhwarenhaus
AUGUSTE POPP
Breite Strasse 7

Eine billige braune Woche!

Von heute an sind sämtliche
**braunen Damen- und Herrenstiefel und Halbschuhe,
Kinder-Stiefel und Schuhe, von Größe 23 an, sowie Sandalen**

10%

um ca. **10%** im Preise ermäßigt. Ausserdem Rabattmarken.
Restbestände und Einzelpaare enorm billig!

(5500)

Komitee- und Kommissionssitzungen

Gewerkschaftsfest
Montag, den 13. Juli, 8 1/2 Uhr:
Komitee-Sitzung
im Gewerkschaftshaus.

Arbeiter-Bildungsverein.
5499) Montag abend 8 1/2 Uhr
Vorstands-Sitzung.

Magda Harder
Paul Werner
Verlobte.
Lübeck, den 12. Juli 1914. (5501)
Deutscher

Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß am 8. d. Mts. unser treues Mitglied, der Herr
Christian Liermann
im Alter von 49 Jahren verstorben ist. Er werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Montag nachmittag um 3 Uhr von der Kapelle des Vorwerkers Friedhofes aus statt. Die Kollegen versammeln sich um 2 1/2 Uhr beim „Weißen Gock“.
Die Ortsverwaltung.

Statt besonderer Anzeige.
Nach kurzem schwerem Leiden entschlief sanft am Donnerstag, nachts 1 Uhr, unser ungeliebter Sohn und Bruder (5492)
Arno Gödecke

im 15. Lebensjahre. Dies betrauert von seinen Eltern, Geschwistern und allen, die ihm nahe standen.
Friedrich Gödecke und Frau,
geb. Köhncke, und Kinder.
Lübeck, den 10. Juli 1914,
Kerkringstr. 26.
Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 14. Juli, nachm. 3 1/2 Uhr, in der Kapelle vor statt.

Allen, welche uns bei dem heiden Verlust unseres guten, hoffnungsvollen Sohnes ihre Teilnahme erwiesen haben, sprechen wir hiermit unsern herzlichsten Dank aus.
Julius Timmermann
und Familie. (5495)

Gesucht zu sofort ein Müller
zur Aushilfe. Näh. Genossenschaftsmühle oder Weierstraße 43. (5493)

Eine Balgfrau gesucht,
alle 4 Wochen Dienstage. (5473)
zu werden Augustenstr. 1. I.

Eine kleine freundl. Wohnung
voll. für ältere Leute, zu vermieten. Preis 140 Mt. (5492) Reiterstr. 10.
1. et. Zimmer, Küche u. Boden. zum 1. d. Mts. an einm. Frau z. verm. zu sehen von 9 Uhr morgens an. (5477) Hundestrasse 42.
Eine leere Stube
zum 1. August zu mieten gesucht, am Hebb. u. Gohlent-Nord. Ang. um. E. K. an die Gm. d. Bl. (5471)

Rassetauben
billig zu verkaufen.
5474) Krähenstraße 7. part. rechts.
Ein helles Sommerkleid zu verkaufen. (5487)
Ansastraße 80. part.

Ein Satz Ferkel zu verkaufen
5487) Utesch, Ohlenkoppel 16.
3 gebr. Fahrräder a 15 Mk. zu verk. 5490) Schultz, Wafenmacher 5.

Achtung! W. Amz. vert. Bl.-Garn. m. 4 Bl.-Einkl., Salon-Schr., Buffet, Nachtschr., Flurgardr. u. versch. m. bill. Vorkr. 19. a. l. Händler verboten.
Weg. Fortz. bill. a. v. 2 Stags-Ställe a 6 Käuge mit all. Zubeh. u. ca. 25 Kaninchen versch. Rassen, sowie ein Aquarium. Glorinstr. 36. l. (5472)

Ein Tag (5467)
5 W. alle Zettel
har zu verkaufen
H. Töle, Rensefeld, Schnorrstr. 1.

Guterhaltenes Fahrrad
zu verk. (5463) Ludwigstr. 70. l. r.
Zur Saat noch vorrätig:
Krupbohnen und Erbsen,
Teltower Herbst-Rübchen nfm.
Neue hiesige Kartoffeln Pfd. 10 Pf.
Lange Wurzeln groß. Bund 5 Pf.
Staass, Friedenstraße 49.

Polsterstoffe 38 Mk.
Polstergarnituren 85 Mk.
Polstergarnituren 95 Mk.
Polstergarnituren 110 Mk.
Polstergarnituren 125 Mk.
Polstergarnituren 210 Mk.
Salongarn. samt 230 jetzt 165 Mk.
Zuherbe von Garnituren geliefert.
Büffets 125 Mk., Lederhähle 8 Mk.,
Salon- u. Auszugstische 18 Mk., Verticos,
reich gezeichnet, 35 Mk., Truemeur 35 Mk.,
Schreibtisch 15 Mk., Schreibtische 55 Mk.,
Schlafzimmer, Küchen, enorm billig.
Direkt an Privat. Händler verboten.
Lager Wahrenstr. 83.
Inhaber Kaufmann. (5491)

Die besten
Zahn 180

mit echten Platinstiften
in geeigneten Fällen
5494) **Diadozix.**

Ganz. Gebiß, 28 Zähne
50 Mk.

Wenden
300 Mt.
Belohnung

demjenigen der mir nachweist
daß ich höhere Preise als
1.80 Mt. pro Zahn mit Kaut-
schukplatte fordere.
Umarbeitung nichtig. Gebisse.
Plombierungen.
Zähne ohne Gaumenplatte.
Zahnziehen mit örtlicher
1 Mt. Betäubung 1 Mt.

Zahn-Praxis
Ernst Haus
Lübeck
Mühlenstraße 1—3, I.
Sprechz. 9—12 u. 2—8 Uhr.

Johs. Tollgreve Gold-
schmied,
Königstraße 92. 4899
Gold-, Silber-, versilb. Waren,
Hochzeits-, Tauf-,
Gelegenheits-Geschenke,
Trauringe.
Reparaturen schnell u. billig.
Rote Rabattmarken oder 4 Proz. bar.

Amrichs & Co., Johannisstr. 1
Sprez.-Abteil. Trauerkleidung 3101

Voltsfestarten
liefert an Wiederverkäufer
5142) **H. Zunk, Alfstrasse 23.**

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Auschank
220) empfiehlt

J. Höppner, Beckergr. 66.

SchillersWerke
3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Herzlicher Sonntagsdienst
am 12. Juli von 1 Uhr ab: (5468)
Dr. med. Leonhard, Roedstr. 17
Dr. med. Pauli, Mühlentbrücke 5.
Dr. med. Schuhr, Schwart. Allee 2